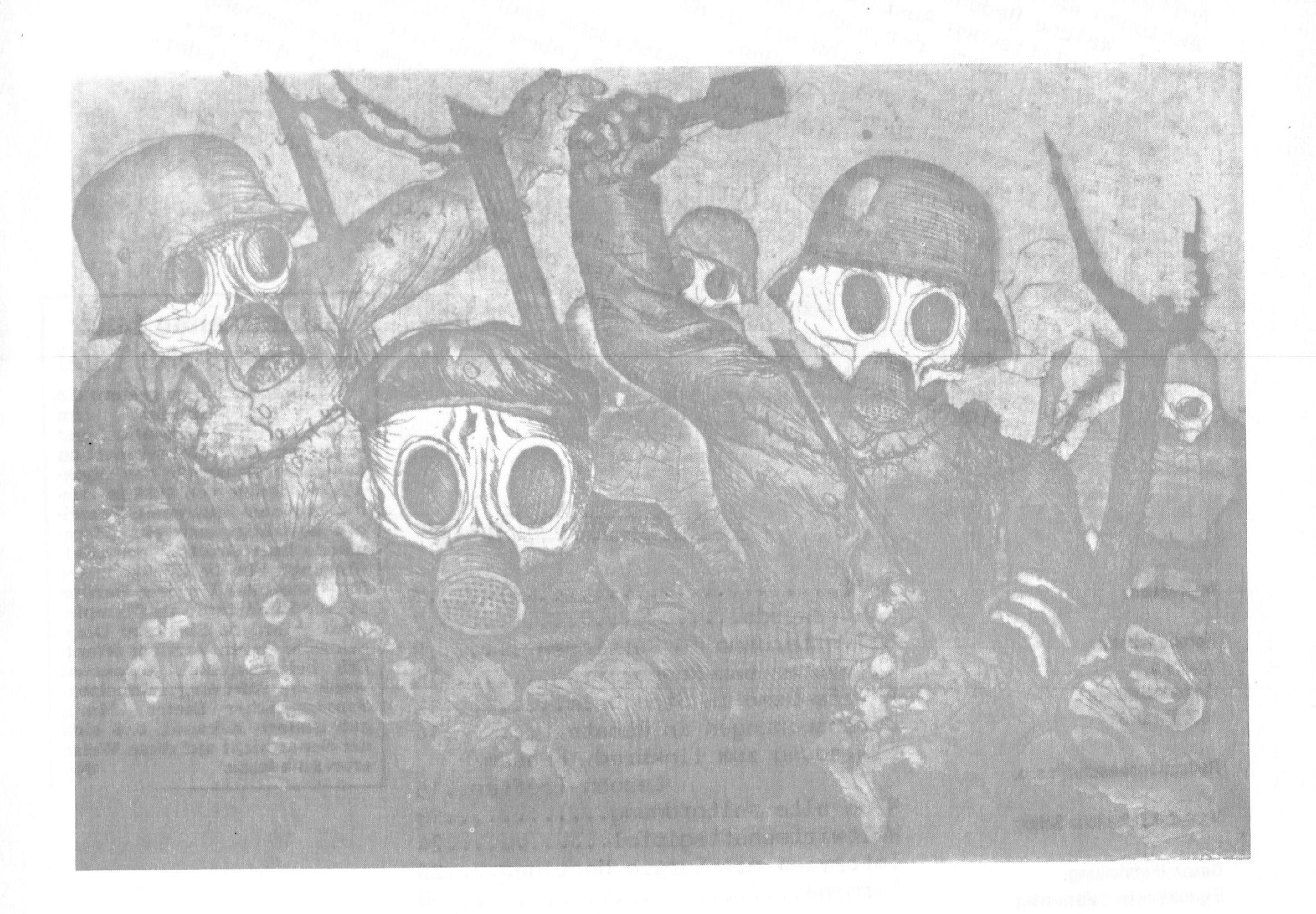
INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 176

16. Januar 1992

Vor einem Jahr, am 16. Januar 1991, griffen die Allierten Truppen unter Führung der USA den Irak an. Wir wollen mit dem Titelbild daran erinnern. Was ist in der Golfregion, in Kurdistan, Palästina und hier passiert? Auffallend finden wir den Bruch von unseren Gefühlen, Diskussionen und Aktionen während des Schießkrieges und nach dessen militärischer Beruhigung. Welche Bedeutung hatte und hat dieser Krieg und seine Folgen für unsere politischen Auseinandersetzungen? Wir haben zu diesen Fragen keinen Text gefunden, der sich von heute aus rückblickend mit der Situation beschäftigt. Zumindest sind wir in der "Land Unter" auf einen Artikel zur neuen alten Weltordnung gestoßen.
Die Auseinandersetzungen, die der sexistische Angriff in der TU ausgelöst hat, sollten nicht auf die Strukturen, das Leben und Handeln im Antirassistischen Zentrum beschränkt bleiben. Sie gehen uns alle an. Welche Erfahrungen und Überlegungen gibt es zum Beispiel in diesem Zusammenhang aus den Gruppen, die Flüchtlingsheime besuchen? Welche Ansätze gibt es, die weggedrückte Patriarchatsdiskussion in unseren Zusammenhängen wiederzubeleben?
Der Briefkasten sah aus wie letzte Woche: Frustierend leer und die anderen Regionalzeitungen waren auch schon ziemlich abgegrast...
Und übrigens: Redaktionsschluß ist nach wie vor montags!

„Kommando Lutz Grüttke“ stiehlt Tafel

Unbekannte haben gestern die Carl-Diem-Gedenktafel im Olympiastadion abmontiert und gestohlen. Die Tafel erinnert an den Generalsekretär der Olympischen Spiele von 1936 in Berlin. In einem anonymen Schreiben bezichtigt sich ein „Kommando Lutz Grüttke“ der „Entführung“. Für die Rückgabe der Tafel wird der Verzicht Berlins auf die Kandidatur als Olympiastadt gefordert. Eberhard Diepgen solle diesen Verzicht öffentlich bekanntgeben, ansonsten werde die Tafel eingeschmolzen. Senatssprecher Dieter Flämig gab gestern bekannt, daß sich der Senat nicht auf diese Weise erpressen lasse. dpa

INHALTSVERZEICHNIS:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:

- Materialien zur Repression in der BRD
- Ingrid Strobl-Demo. Prozesse, Bullenprotokolle...
- Prozeß von Sven in Nürnberg
- Kriminalisierung von Antifas in München u. Dortmund
- Politische Polizei in Bonn

Wenn Eins und Eins nicht Zwei ist!

Flüchtlinge haben in der TU seit über zwei Monaten Räume im Mathegebäude besetzt. Über hundert Männer und Frauen leben dort, wehren sich gegen Zwangsverteilung und fordern Aufenthaltsgestattung in Berlin.
Es hat vor zwei Wochen auf der Etage einen sexistischen Angriff von Flüchtlingsmännern gegeben, der bei UnterstützerInnen und Flüchtlingsfrauen eine enorme Verunsicherung ausgelöst hat und unsere Köpfe zum Überqualmen bringt. Erst dieser Angriff ließ uns in aller Schärfe die sexistischen Strukturen bei der Flüchtlingsarbeit in den besetzten Tu-Räumen erkennen. Erst jetzt erkennen wir die fehlenden Strukturen unter uns, die fehlenden vorausgegangenen Diskussionen, die uns zu UnterstützerInnen von patriarchalen Verhalten in antirassistischen Kämpfen werden ließen.

Ein großes Problem war von Anfang an, daß wir wenig Bedingungen aufgestellt haben, wer in die Etage einziehen kann. Hauptkriterium war, wer einen Schutzraum vor staatlichen und rassistischen Angriffen braucht, kann da rein. Wir haben nicht offensiv vertreten, daß auf der Etage kein Platz für Sexisten sein wird. Als die Gruppe noch relativ klein war und mehr Kontakt zu den Einzelnen bestand, und auf dem Flüchtlingsplenum alles Wichtige entschieden wurde, waren die Flüchtlingsfrauen bei allen entscheidenden Diskussionen und Aktionen dabei. Mit zunehmender Größe der Gruppe und immer mehr unterschiedlichen Sprachen wurde immer weniger auf dem Plenum diskutiert und entschieden. Ein von den Flüchtlingen delegiertes Komitee übernahm zunehmend diese Aufgabe. Wir UnterstützerInnen, Männer wie Frauen, arbeiteten fast ausschließlich mit dem Komitee zusammen und hielten uns aus den internen Diskussionen über Widersprüche, Machtkämpfe, wer rausfliegen muß, wer aufgenommen wird usw. raus. Unser proklamiertes Ziel war und ist die Selbstorganisierung der Flüchtlinge zu unterstützen.
Am Anfang der Besetzung waren einige Flüchtlingsfrauen politisch sehr aktiv , wir, sowohl Unterstützer wie Unterstützerinnen, haben uns auf sie bezogen und sahen die Dinge unkritisch optimistisch. Im Laufe der Zeit wurden die politisch aktiven Flüchtlingsfrau' von anderen Flüchtlingsfrauen und -männern zurückgedrängt, so - aus dem Flüchtlingskomitee oder aus öffentlichen Auftritten.
Zu der zahlenmäßigen Überlegenheit der Flüchtlingsmänner -mehr als drei Viertel der Gruppe-, den patriarchalen Strukturen innerhalb der geflohenen Familien und der Sprachengruppen, kommt als weitere Schwierigkeit die Enge der Räume dazu.
Dazu kommt, daß es in der besetzten TU keine Flüchtlingsfrau gibt, die sich ausreichend über eine der klassischen imperialistischen Sprachen verständigen kann. Alle Kommunikation unter den Flüchtlingsfrauen ist auf Dolmetscherei angewiesen. Viele ÜbersetzerInnen waren mit dem Übersetzungs- und Gesprächsbedürfnissen total überlastet. Wir haben dabei patriarchale Strukturen unterstützt, in dem am meisten den im Komitee organisierten Männern übersetzt wurde, alles unter dem Vorzeichen notweniger Koordination und Diskussionen über Aktionen nach außen.

Der sexistische Angriff zwang uns unsere Rolle als Frauen in dem Projekt deutlicher zu reflektieren. Wir fangen an, eins und eins zusammen zu zählen. Wie Schuppen fällt es uns von den Augen, daß zwar wir einzeln fast alle von der Notwendigkeit von Frauenplena gesprochen haben, vom Thematisieren des Zurückdrängens der Flücht-

lingsfrauen, von der zunehmenden Anmache gegenüber Frauen, ganz besonders gegenüber Migrantinnen, aber wir fangen erst an zu handeln, nachdem die Situation sehr eskaliert ist.
Was von Anfang an, seit den ersten Diskussionen über die Besetzung gefehlt hat, waren unabhängige Frauenstrukturen, die das Projekt verbindlich hätten diskutieren müssen. Obwohl bei den Vordiskussionen gesagt wurde, daß wir im Projekt mit Sexismus konfrontiert sein werden, haben wir keine Konsequenzen daraus formuliert und eingefordert. Das Projekt wurde als gemischtes Projekt angefangen und durchgeführt. Wir halten das Fehlen von Frauenstrukturen im Projekt für einen zentralen Fehler, der ein frühzeitigeres Umgehen mit den sexistischen Verhaltenssweisen in der besetzten TU erschwert hat! Lange Zeit diskutierten wir nur vereinzelt und informell unsere zunehmenden Bedenken. In der Überforderung mit dem Alltag(Regelung des weiteren Asylverfahrens der Flüchtlinge; am Anfang Räumungsgefahr durch die Unileitung; Öffentlichkeitsarbeit für linksradikale Strukturen, genauso aber für humanitäre Gruppen, Organisationen und Presse zum Aufbau massiven Drucks; Kontaktaufnahme zu anderen Flüchtlingen in Lagern in Berlin und Brandenburg; Strukturierung der Arbeit der zahlreichen, vorher eben nicht in festen Gruppenzusammenhängen organisierten UnterstützerInnen; ärztliche Versorgung; Geldbeschaffung; Versorgung der Flüchtlinge; Diskussionen/Streß in unseren WGs und Zusammenhängen;... und tausend andere Sachen mehr) machten wir als Frauen faktisch patriarchale Strukturen selbst zum Nebenwiderspruch!. Der Hammer ist, daß wir uns vielen anderen politischen Problemen mit großem Zeitaufwand widmeten, eine konsequente Auseinandersetzung mit immer weiter zunehmenden sexistischen und partriarchalen Strukturen aber nicht eingingen. Dreimal große Rießenscheiße!
Trotz unserer augenblicklichen Versunsicherung und unser Wut halten wir es für falsch, auf Grund eines sexistischen Angriffs von Flüchtlingsmännern eine Art Kollektivschuld auf die ganze Gruppe zu übertragen, und ihr unsere Solidarität aufzukündigen. Einerseits sind wir zu sehr für die gelaufene Entwicklung mitverantwortlich; andererseits sind da die Flüchtlingsfrauen, die nicht die Möglichkeit haben, sich aus dem Projekt zu verabschieden: Sie haben formuliert, daß sie eine eigenständige Organisierung unter den Frauen haben aber auf eine gemeinsame Koordinierung mit den Männern nicht verzichten wollen.

Dieses Papier kann nur der Anfang einer intensiven Auseinandersetzung sowohl von Männern als auch von Frauen sein. Wir wollen das, was in der besetzten TU passiert ist, auf keinen Fall verharmlosen. Offensiver, und genauer damit in die Öffentlichkeit zu gehen ist uns zur Zeit aus zwei Gründen nicht möglich:Wir brauchen mehr Zeit zum diskutieren. Das wird in den nächsten Tagen, zum Teil vergrößerten UnterstützerInnenplena, weiterlaufen. Zum Zweiten befürchten wir Schlammschlachten von Seiten der rechten Hetzblätter und Strukturen wenn wir uns detaillierter äußern würden. Die rassistische Hetze hat auf Grund der Asyldebatte in der nächsten Woche wieder Hochkonjunktur. Die Medien, von Springer bis taz würden wohl gierig Details über einen sexistischen Angriff von Ausländern, gerade in der besetzten TU aufgreifen, um darauf ihr rassistisches Süppchen zu kochen. Uns steht noch das Titelbild der Bild von letzter Woche vor Augen. Der Schreckensasylant....
Ihr werdet mehr von uns hören.

Einige Unterstützerinnen aus der TU

Hoyerswerda bleibt Hoyerswerda

Nach dem Rückzug des bürgerlichen Medienrummels aus der nordsächsischen Stadt ist Hoyerswerda wieder auf sich allein gestellt. Es blieb bei den in ganz Deutschland zunehmenden Übergriffen auf Ausländer- und Asylantenheime aber die Erinnerung an die einst vom Reißbrett hochgezogene Berg- und Energiearbeiterstadt blieb: "Hoyerswerda ist überall!"

Und wie überall ist es jetzt auch in Hoyerswerda. Seit dem Sieg der "neuen Ordnung" hat hier die rechtsextreme Szene starken Aufwind bekommen. Der schon zur neuen Modelinie entwickelte Fascholook greift besonders unter den Kids auf der Straße um sich. Die Mocca-Milch-Eisbar im Stadtzentrum ist nach wie vor ein Treffpunkt der Faschisten von Hoyerswerda. Nach vereinzelten Beobachtungen ist nicht auszuschließen, daß sich hier auch die Führungsspitzen der Nazis die Klinke in die Hand geben. Einige Faschisten kassieren auf dem Marktplatz "Schutzgelder" von den vietnamesischen Händlern. Aber auch einige einheimische Kneipen müssen derartige "Steuern" für die "nationale Sache" zahlen. Der faschistische Terror steht auf der Tagesordnung, geduldet von verängstigten und apathischen Menschen, zerstreut und anonymisiert durch die Betonklötze der Retortenstadt.

Als vom 31.10. bis 31.11. auf Einladung der Diakonie von Hoyerswerda Sozial- und Jugendarbeiter aus allen Himmelsrichtungen hierher zu einem Seminar kamen, erhielten einige von ihnen, die am Freitagabend das Jugendclubhaus - eine der begehrtesten Diskotheken der Stadt - besuchten, einen "Einblick" in die gegenwärtige Situation. Cirka 15 Faschos und Glatzen provozierten durch das Aufsetzen ihrer Haßkappen das Publikum. Aus dem anfänglichen Handgemenge entwickelte sich eine Massenschlägerei. Da die Abwehr gegen die Faschisten nur sehr spontan und emotional war, konzentrierten sich die Schlägertrupps auf "Schwerpunkte". Durch die aufkommende Panik wurden die Ausgänge blockiert. Schwerverletzte mußten durch die Fenster an den Rettungsdienst übergeben und in den Krankenwagen gehievt werden. Der alarmierte Diensthabende auf dem Polizeirevier in der Frenzelstraße mußte passen: Er hatte keinen einzigen Mann zur Verfügung. Wenigstens behauptete er das in einem Telefonat mit den Jugendclubhaus-MitarbeiterInnen.

Den "Höhepunkt" dieses Wochenendes bildete dann ein Überfall in der Nacht vom 2. zum 3.11. nach einem stark besuchten Konzert der Bluesgruppe "Engerling" im Jugendclub "Konrad Wolf" (Laden e.V.) in der Hufelandstraße. Gegen 1 Uhr betraten 15 bis 20 Jugendliche im Alter von 17 bis 23 Jahren den Klub, wo nur wenige Konzertbesucher anwesend waren. Nach mehrmaligem Gröhlen profaschistischer Parolen und der Bitte von Vereinsmitgliedern und Besuchern, dies bleiben zu lassen, eskalierte binnen weniger Minuten die Situation. Die Eindringlinge gingen brutal in Gruppen gegen einzelne Besucher vor. Auch hier erwiesen sich zwei Notrufe an die Polizei als subtile Ironie. Beim Abzug zerstörten die Psychopathen dann die erst vor kurzem renovierte Inneneinrichtung des Jugendklubs und mehrere Fensterscheiben. Der Führungsspitze der Hoyerswerdaer Rechtsextremistenszene zuzuordnende Andre Barth wurde dabei erkannt. Die Nazis fuhren in drei bereitstehenden PKW´s davon. Dabei wurde ein schwarzer Trabant mit weißen Aufschriften "Störkraft" und "Kahlkopf" - den Namen zweier Faschobands - gesehen. Der Fahrer, Frank Anger und dessen Bruder Ralph Anger haben nicht minder Anteil am organisierten faschistischen Terror in der Stadt.

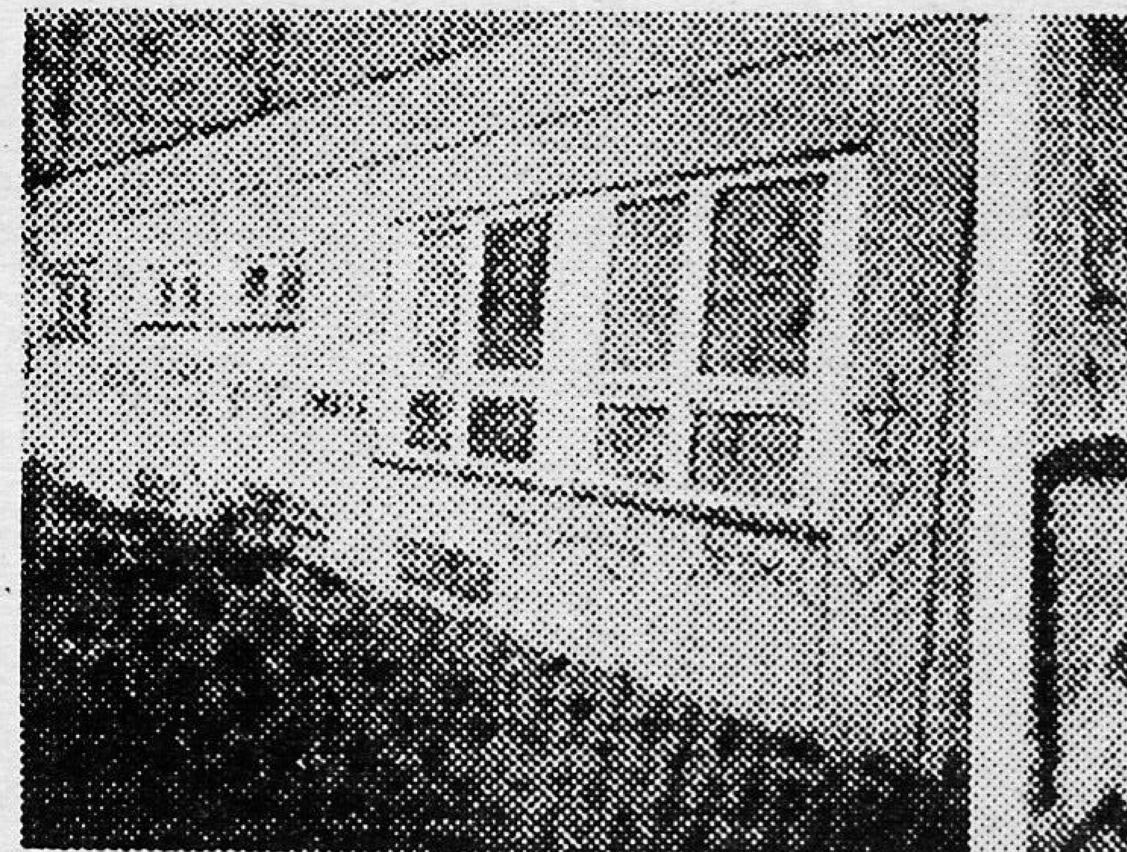
Nach dem Eintreffen des Krankenwagens kam auch schließlich die Polizei, die nach eigenen Angaben gerade erst von einem Einsatz in Wiednitz, ca. 30 km südlich von Hoyerswerda, zurückkam. Ein Schwerverletzter (zersplittertes Jochbein) mußte mehrere Wochen stationär behandelt werden. Von den Betroffenen wurde Anzeige erstattet. Es blieb bei ersten Zeugenanhörungen.

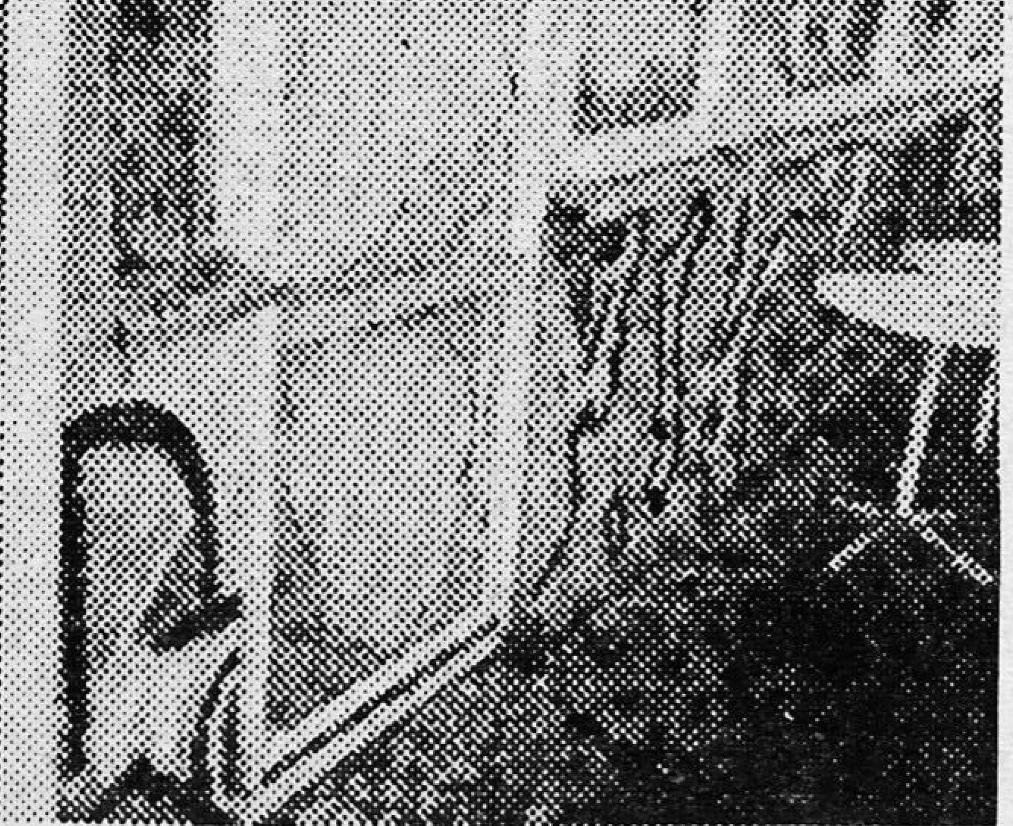
Zu einem erneuten Überfall auf den Jugendclub "Laden" kam es am Sonnabend, dem 16. November. Ausgangspunkt war diesmal das in der Gaststätte "Kastanienhof" in der Altstadt veranstaltete "Gautreffen" des sächsischen Landesverbandes der "Deutschen Alternative"*. Nach diesem Treffen brach ein Teil der Versammelten in Richtung Neustadt auf, um dort das soeben Gehörte in die Tat umzusetzen. Kurz nach der Öffnung gegen 20 Uhr wurde der Jugendclub "Laden" von etwa 30 bis 40 Rechtsradikalen im Alter von 16 bis 22 Jahren gestürmt. Laut Aussagen eines Zeugen, der die Veranstaltung besuchen wollte und das Geschehen unbemerkt von außen beobachtete, schlichen sich die Angreifer förmlich an den Klub heran, umkreisten ihn, warfen auf den Ruf "Los jetzt!" die Terrassenstühle durch die Scheiben und stürmten den Klub. Die Einlaßkontrolle wurde überrannt und konnte nur noch mit zwei anderen Personen fliehen und sich im Büro verschanzen. Die anderen im Klub anwesenden Mitglieder, Musiker und erste Besucher flüchteten ebenfalls in die hinteren Räume und verbarrikadierten sich. Dort starrten sich angstverzerrte Gesichter an, es wurde geweint, richtige Todesangst wurde sichtbar. Den Schauspieler H.J. Frank vom Berliner Ensemble hatten die Nazis in eine Ecke gedrängt, schütteten ihn aber "nur" mit Tränengas zu. Als so alle Zeugen von der Bildfläche verschwunden waren, glaubte der nachgemachte

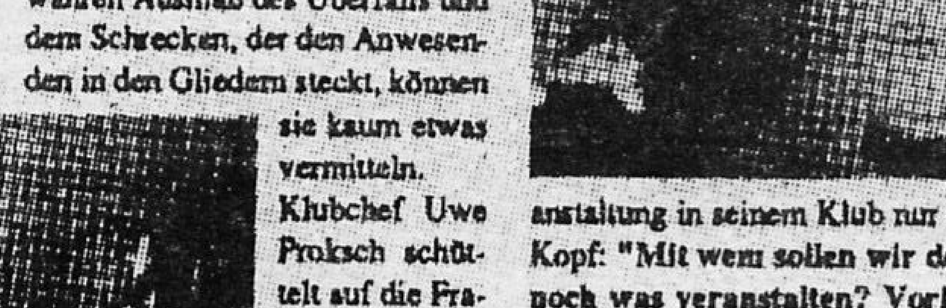


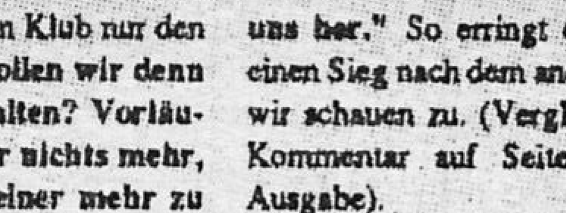
ANTIFASCHISTISCHER SELBSTSCHUTZ - WAS'N DAS?

*Tagesordnungspunkt war unter anderem das Gedenken an den faschistischen Militärputsch der Generäle Sanjuro, Mola und Franco in Spanien vom 18.7.1936. Dieser wurde durch die militärische Intervention von Hitlerdeutschland mit der 6.000 Mann starken "Legion Condor" ermöglicht. Die Legion Condor bombardierte im spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 unter anderen die Städte Bilbao, Darango und Madrid und zerstörte im April 1937 die Stadt Guernica vollständig.









Wieder Überfall auf den "Laden"

An diesem Wochenende sollte gejazzt werden im Jugendklub "Laden" im WK Ve. Aber am Samstag um kurz nach zwanzig Uhr war alles vorbei. Eine Horde gewalttätiger Jugendlicher drang in den Klub in der Hufelandstraße ein und schlug alles kurz und klein, was ihnen in die Quere kam. Die Gäste konnten sich glücklicherweise in einen Nebenraum retten. So gab es wenigstens keine Verletzten wie beim Überfall vor zwei Wochen.

Die drei Fotos zeigen ein paar klägliche Reste des nur zwei, drei Minuten dauernden Überfalls. Vom wahren Ausmaß des Überfalls und dem Schrecken, der den Anwesenden in den Gliedern steckt, können sie kaum etwas vermitteln.

Klubchef Uwe Proksch schüttelt auf die Frage nach der nächsten Veranstaltung in seinem Klub nur den Kopf: "Mit wem sollen wir denn noch was veranstalten? Vorläufig machen wir gar nichts mehr, es traut sich ja keiner mehr zu uns her." So erringt die Gewalt einen Sieg nach dem anderen - und wir schauen zu. (Vergleiche auch Kommentar auf Seite 2 dieser Ausgabe). F.T.



Die Kasse wurde auch geplündert: Mehrere hundert Mark ließen die Chaoten mitgehen.

Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde Opfer der Zerstörungswut.

Der Überfall auf den "Laden" in der Hoyerswerdaer Presse, "Lausitzer Rundschau" und "Hoyerswerdaer Dienstagsblatt"

SA-Trupp Narrenfreiheit zu haben: Sie zerstörten wahllos die Galerie- und Bilderrahmen, Requisiten, Tische, Stühle und den Barspiegel, warfen Gegenstände durch den Raum, zerschlugen Scheiben und traten Türen ein. Sie brachen die Registrierkasse auf und nahmen deren Inhalt mit. Hinsichtlich der Getränke ließen sie es bei der "Beschlagnahme" von zwei Kästen Bier bewenden. Es entstand ein Schaden von 5.000 Mark. Nach knapp zwei Minuten war der braune Spuk vorbei.

Die sofort verständigte Polizei war aufgrund eines Verkehrsunfalls verhindert. Ein Mann vom örtlichen Wach- und Schließdienst, der den Vorfall über Polizeifunk erfahren hatte, traf ziemlich schnell ein. Gegen 21 Uhr kamen zwei Kriminalbeamte, um den Tathergang aufzunehmen. Wenig später kam erneut eine Gruppe von ca. sieben Rechtsextremen, die sich als Berliner und Ortsansässige "vorstellten" und nach Autonomen und Klubmitgliedern fragten. Die anwesenden Kriminalbeamten machten sich daraufhin mit der Ausrede, sie müßten jetzt reinfahren und die Protokolle aufnehmen, schnell aus dem Staub. Ein hinterlassener Ermittlungsbeamter, der blieb, um Fotos zu machen, wurde von den angetrunkenen Neonazis gewaltsam daran gehindert. Auch er nahm daraufhin seinen Koffer und ging. Dann gingen die Rechten auf Afrikaner in der noch anwesenden Gruppe los. Es kam zu einem Wortgeplänkel mit Klubbesuchern und weitere Scheiben wurden eingeschlagen.

Schließlich traf dann doch ein Barkas mit dem angeforderten Einsatzkommando aus Bautzen ein. Dieses nahm wie immer die Verfolgung erfolglos auf, obwohl das Gröhlen der doitschen Männer bis in die frühen Morgenstunden (3.00 Uhr) des 17.11. zwischen den graublassen Betonmauern des Stadtzentrums nicht verhallen wollte. In zwölf anderen Einrichtungen (Schulen, Kindergärten) gingen in dieser Nacht ebenfalls Fensterscheiben zu Bruch. Tags zuvor war sogar der "Bauhof" von der braunen Horde heimgesucht worden. Als Anlaß wurde die fristlose Entlassung eines ihrer "Kameraden" genutzt, der eines Morgens in SS-Uniform seinen Arbeitsplatz betrat. Mit einem telefonischen Hinweis, man brauche nach dem Überfall erst gar nicht aufzuräumen, da sie nächste Nacht wieder vorbeikommen würden, rundeten die Faschisten ihren Racheakt ab. Die Täter wurden allerdings, wie später zu erfahren war, von der Polizei aus dem Personenzug Hoyerswerda-Görlitz herausgeholt, vermutlich wegen neuer heroischer Zerstörungstaten.

Schlußfolgerungen, Tendenzen

Die Folgen dieser jüngsten Ereignisse sind für Hoyerswerda unabsehbar. Die Stadtverwaltung hat gerade einmal Strafanzeige gegen Unbekannt erhoben, sich aber nicht zur weiteren Existenz des Jugendclubs "Laden" geäußert. Dringend notwendige Maßnahmen wie elektrische Türschließanlage, Alarmanlage, Metalljalousien zum Fensterschutz, Direktleitung zur Polizei lehnte unter anderem der für Kultur und Soziales zuständige konservative Dezernent Martin Schmidt ab. Privat gab er zu, daß ihm dieser Jugendclub schon immer ein Dorn im Auge war. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, richtete der aus dem Westen importierte Bürgermeister Armin Arendt ein unabhängiges Jugendreferat ein. Es sollte eine Menge Geld zur Schaffung einer Jugend- und Sozialarbeit fließen. Aber die Angelegenheit ist ins Stocken gekommen, und das Jugendreferat ist mittlerweile auch wieder unter Schmidts Fittiche geraten. Die Mitarbeiter müssen jeden Morgen um 7 Uhr Rapport bei Schmidt leisten.

Was einige FDJ-Funktionäre jahrelang ohne Erfolg versucht hatten, vollbringen nun die neuen SA-Schlägertrupps: die alternative Jugendkultur der Stadt auszulöschen. Die hoffentlich nur vorläufige Schließung einer von vier



Karsten Gensch, ein rechter Wortführer. Aus: "Dresdner Morgenpost"

Jugendeinrichtungen in einer Stadt, in der 10.000 Jugendliche leben, wird weitere Wunden schlagen. Für ihre Auftritte werden Künstler und solche, die es werden wollen, diese Stadt zu meiden wissen. Aktionswochen, wie sie parallel zu den weltweit bekannt gewordenen Angriffen auf die Hoyerswerdaer Asylantenheime Ende September mit Künstlern aus Berlin-Kreuzberg und Kiel unter dem Namen "BETON-UNG" gestaltet wurden, werden wohl für immer der Vergangenheit angehören. Leute aus der alternativen Kulturszene, die noch nicht gegangen sind, sind im Begriff abzuwandern oder verfallen in eine verständliche Lethargie. Die geistige Verarmung der Stadt wird wieder dem wachsenden Faschismus und Rassismus Vorschub leisten.

Es fehlt aber nicht an Versuchen zum Widerstand. Neben den in der Öffentlichkeit ausgetragenen Foren mit Rechtsradikalen, Kommunalpolitikern, Polizei sowie StadtbürgerInnen im ehemaligen Kulturbundclub "Olympia" im WK VI und im "Lade" und Haus der Berg- und Energiearbeiter (HBE) bildete sich eine Antifa-Gruppe, von der einige Mitglieder schon die ersten Morddrohungen erhalten haben. Am Mittwoch, dem 29. November, kam es auf Anregung eines SPD-Stadtverordneten im Jugendclubhaus zur Gründung der Bürgerinitiative "Dem Haß keine Chance". Gekommen waren gerade mal 25 Erwachsene und ca. 30 jugendliche Antifas. Vorläufiges Ergebnis dieser Initiative: eine geplante Lichterkette quer durch die Stadt am Samstag, dem 21. Dezember.

In der letzten Novemberwoche wurde in Hoyerswerda ein ständiges Einsatzkommando der Polizei mit einer erweiterten Infrastruktur stationiert. Eine ihrer ersten großen Bewährungsproben war das Auffliegen eines Antifa-Forums im PDS-Jugendclub "Linksabbieger" am 4. Dezember. Im Rahmen eines vermutlich geschickt ausgeklügelten Plans der Faschos rief ein Bürger wegen Ruhestörung im Haus der Institutionen an (in dessen Keller sich der "Linksabbieger" befindet). Tatsächlich tummelten sich um das Haus 4 bis 5 von den Nazis vorgeschickte und bewaffnete Jungfaschos. Beim Anrollen der Polizei "flüchteten" diese in den Club. Dadurch wurden bei der von 20 Polizisten durchgeführten Durchsuchung aller Anwesenden neben Reizgas und Kampfhölzern auch Waffen festgestellt - das gefundene Fressen für die ehemals linien- und parteitreuen Mitarbeiter der nunmehr "freien" bürgerlichen Presse und für den Polizeibericht. Klar, nur wer Lust hat, sich vorzustellen, wie ausgewiesene Antinazis oder auch nur normale Jugendliche durch bestimmte Stadtgegenden von Hoyerswerda schleichen müssen, wird ahnen können, warum sie auf die Idee kommen, sich zu bewaffnen.

Mitarbeiter einer westdeutschen Zeitung hatten schon zuvor von dem selbsternannten Führer der Hoyerswerdaer Naziszene, Jan Börner, den Tip bekommen, sich an jenem Antifa-Forum zu beteiligen. Börner ist als ein im Gegensatz zu seinen Anhängern kluger Mann und brillianter Redner eine besonders ernstzunehmende Gefahr. Er wird zur Zeit von dem harten Kern der Neonazis als Führer akzeptiert. Noch im Sommer dieses Jahres hielt er intensive Kontakte zur "Nationalen Alternative" in Ostberlin. Sein Garten, in dem er wahrscheinlich ein Waffendepot, mindestens aber einen Schießplatz unterhielt, war Ausgangspunkt von Überfällen auf das besetzte Haus in der Spremberger Straße 4, das mittlerweile aufgegeben wurde, bzw. den Angriffen militanter Rechtsradikaler am 1. Mai vorigen Jahres auf mocambiquanische und vietnamesische Arbeiter auf dem Rummelplatz und sodann auf das Wohnheim der Afrikaner in der Schweitzerstraße. Börners Mittelsmann, Karsten Gensch, bezeichnete schon damals gegenüber einem "Zitty"-Reporter das "Negerklatschen" als Volkssport! In öffentlichen Aufritten (Forum, außerordentliche Stadtverordnetenversammlung) bekannte sich Börner - als Sprachrohr des Mobs - stolz dazu, daß Hoyerswerda "die erste von Ausländern freigekämpfte Stadt Deutschlands" sei. Dabei ließ er es sich nicht nehmen, die hier stattfindenden Pogrome zu verniedlichen.

Angesichts der finsteren Entwicklung in den letzten Tagen ist es nicht unabsehbar, daß sich Hoyerswerda zum zweiten Mal in ein Mekka von Faschisten und Rassisten verwandeln wird, spätestens wenn im Januar 1992 die Stadt neuen Asylbewerbern eine sichere Herberge gewähren muß, auch wenn als Ausgleich eine der anliegenden Gemeinden (z.B. Zeißholz) angedacht ist. Zum Vorbeugen kann es schon wieder zu spät sein

die HOYSCHRECKE

Ausländer überfallen

Vor einem Ausländerwohnheim in der Adalbertstraße im Bezirk Mitte bedrohte am Donnerstag kurz nach 20 Uhr der 38jährige Hansjoachim G. aus dem gleichen Stadtbezirk einen Vietnamesen mit einer Schreckschußpistole. Er flüchtete, als das Opfer laut rief und Landsleute zu Hilfe eilten. Wenig später wurde G. von Polizeibeamten gestellt.

In der Bahnhofstraße in Köpenick wurde am Donnerstag gegen 17.20 Uhr der 29jährige Jaou L. überfallen. Ein unbekannter, etwa 50jähriger Mann hatte dem Afrikaner ein Messer in den Bauch gestochen. L. mußte zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden.

ND 4.1.92

Über den Tag hinaus...

Zur Silvesterdemo, am 31.12. 1991 zu Göttingen

Am Abend des 31.12. 1991 fand in Göttingen eine Demonstration statt, zu der die Autonome Antifa (M) und die Antifa Jugendfront aufgerufen hatten.
Die Parole, unter der diese Demonstration stand, hieß: „Zusammen gehört uns die Zukunft – Gegen Faschismus und Polizeiterror!" Diese Parole steht nicht nur im Zusammenhang mit einer entsprechenden politischen Arbeit, sondern bezog sich auch auf zwei konkrete Ereignisse in Göttingen.
Das eine ist der Mord an Alexander Selchow, an dessen Jahrestag die Demo stattfand, das andere der Polizeiüberfall auf die Mahnwache anläßlich des zweiten Todestages von Conny Wessmann, am Abend des 16. November 1991.

Die Demonstration steht in der Linie kontinuierlicher autonomer Antifa-Arbeit und verfolgte ein klares Konzept.
Ein wichtiger Punkt dieses Konzeptes war die politische Durchsetzung eines Schwarzen Blockes, möglichst mit Helmen und Ausrüstung. Die Durchsetzung des Blockes hatte das Ziel, klarzumachen, daß wir vor dem Polizeiterror vor Ort nicht weiter zurückstecken werden. Außerdem wollten wir klar machen, daß wir uns einen wichtigen Bestandteil der politischen Bedingungen die wir in Göttingen über Jahre erkämpft und erhalten haben, nämlich daß es hier beispielsweise möglich ist, sich zu maskieren etc., wenn wir es für nötig halten, nicht nehmen lassen.
Für viele Leute waren die Helme vor allen Dingen auch Eigenschutz. Die Räumung der Mahnwache, die nur wenige Wochen her war, hatte gezeigt, wie sinnvoll es sein kann sich mit Helmen vor Verletzungen zu schützen. Darüberhinaus hatte ein entsprechendes Auftreten des Schwarzen Blockes das Ziel, zu verdeutlichen, daß wir eine politische Bewegung sind und nicht die hirnlosen Krawallanten, als die uns die Medien immer darzustellen versuchen. Entsprechendes Auftreten hieß, maskiert, mit Helmen etc. aber ohne daß wir von uns aus in dieser Situation die Polizei angreifen bzw. die Gunst der Stunde nutzen und die Scheiben der Läden in der Innenstadt einwerfen.
Mit diesem Vorgehen, im Zusammenhang mit der kontinuierlichen politischen Arbeit vor Ort, meinen wir eine größere politische Glaubwürdigkeit und Akzeptanz erreicht zu haben.
Letztlich wollen wir damit auch auf die Diskussion über das Polizeistaatsgesetz „Vermummungsverbot" Einfluß nehmen, das wir, wie andere Polizeistaatsgesetze auch, weg haben wollen.

Zu Beginn der Demonstration wurde nochmal das Konzept erläutert und eine Grußadresse von Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, verlesen. An der Demonstration beteiligten sich ca. 700 Menschen. Der größte Teil der Demo war maskiert, 150 Leute trugen Helme. Im vorderen Teil der Demonstration wurden Schilder mitgeführt auf denen die Namen und Todesdaten von den Menschen standen die im letzten Jahr von Faschisten ermordet worden sind. Einige Leute klebten während der Demo Pflastersteine aus Pappe an Schaufensterscheiben und Aufkleber die eine Bruchstelle zeigten und auf dennen zu lesen war „Hier könnte ein Loch sein".
Das Demokonzept wurde so wie angekündigt eingehalten, d.h. es gab keine Angriffe aus der Demo heraus.
Die Polizei ließ sich die ganze Zeit nicht blicken. Allerdings waren starke Polizeikräfte in der Nähe des Innenstadtbereiches aufgezogen.
Die Aktion begann gegen 21.30 Uhr und endete wie vorher bekannt gegeben um 23.30 Uhr auf dem Göttinger Markt (Gänseliesel).

Die Einschätzung, das Konzept

Zu unserer Einschätzung, warum wir davon ausgingen, daß sich die Polizei zurückhalten würde und wir so demonstrieren konnten wie wir es wollten, wollen wir hier, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden nicht mehr soviel schreiben. Wir verweisen vielmehr auf die Vorrede zur Demo, in der wir diese Zusammenhänge genau erläutern. Die Vorrede legen wir dieser Einschätzung bei, bzw. kann sie bei uns angefordert werden. Allerdings wollen wir noch etwas darauf eingehen, wie wir die Demo publizistisch vorbereitet haben.

Zur Demo gab es ein, in einer Auflage von 3000 Exemplaren aufgelegtes, vierseitiges Flugblatt, in dem ausführlich auf die wesentlichen Inhalte der Demo eingegangen wird. Das war der Naziterror des Jahres 1991 in der Region Südniedersachen und die Anitfa-Aktionen dagegen, der Polizeiterror gegen den autonomen Widerstand und das juristische Umgehen mit den Faschisten. Auf der letzten Seite wurde dann auf die Demo, das Demokonzept und insbesondere den Schwarzen Block eingegangen.
Das Flugblatt war so gehalten, daß es durch seine Aufmachung und die verwendete Sprache möglichst viele Leute ansprechen konnte. So haben wir die „argumentative Agitation" verwandt. D.h. jede Aussage wurde mit einem konkreten Ereignis, mit Datum usw. belegt. Damit entstand ein faßbares und überprüfbares Bild der politischen Situation in der Region Südniedersachsen – vor allem auch für Menschen, die sich in der Materie nicht so auskennen.
Dazu erschien ein vierfarbiges Plakat und ein großes, farbiges Transparent wurde am JuZI aufgehängt. In einigen Städten machten wird darüberhinaus Vorbereitungstreffen.

Neben dem Flugblatt gab es eine Pressemitteilung, die nicht nur an die Medien und alle Geschäfte entlang der Demostrecke ging, sondern gezielt an den Oberstadtdirektor Schierwater (SPD), den Oberbürgermeister Dr. Kallmann (SPD), den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Schröder (SPD) und den Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten Trittin (Grüne), der aus Göttingen stammt verschickt wurden.
Inhalt dieser öffentlichen Erklärung waren eine Kurzfassung der Demoinhalte, das Demokonzept und die Demoroute.
Hinter diesem Vorgehen stand die Überlegung, die Demo an eine möglichst große Glocke zu hängen und darüber, daß unsere Absichten von vorn herein öffentlich bekannt waren, die Voraussetzungen für die Durchsetzung unseres Konzeptes zu verbessern. Außerdem ist natürlich klar, daß wir nur dann politische Glaubwürdigkeit erreichen können, wenn wir vorher bekannt geben, was wir nachher einhalten.

Unsere Überlegungen gingen auf. In der Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) und im Göttinger Tageblatt (GT) wurde die Demo bekanntgegeben und teilweise aus der Pressemitteilung zitiert. Auch äußerte sich die Polizeiführung in diesen Artikeln dazu, daß die Polizei auf ein Spalier („hautnahe Begleitung") verzichten würde.
Diese publizistische Initiative hatte aber auch noch einen von vorn herein nicht beabsichtigten Aspekt. In der Woche vor der Demo passierten mehrere Anschläge. Ohne daß von uns vorher veröffentlichte Konzept, hätten diese Anschläge durchaus das Vorgehen der Polizeiführung gegen die Demonstration entsprechend beeinflussen können – mit anderen Worten, es wäre gut möglich gewesen, daß wir die Demo so nicht hätten machen können.

Für 3,–DM in Briefmarken kann bei uns eine Infomappe mit allen Papieren und den wichtigsten Presseartikeln zur Demo bestellt werden.

Querelen und Gerüchte

Die Demonstration stand von vorn herein im Kreuzfeuer der Szene. Neben politischen Standpunkten, die wir dabei akzeptieren können, z.B. das es einige Leute ablehnen sich zu maskieren oder gar Helme aufzusetzen etc., waren die Diskussionen und vor allem die Gerüchteküche durch Vorurteile bis hin zu teilweise idiotische Einschätzungen gekennzeichnet.

So wurde, obwohl das Konzept längst schriftlich auf dem Flugblatt veröffentlicht war, immer noch gemunkelt, die Demo solle um 24.00 Uhr auf dem Marktplatz ankommen. Szenarien wurden entwickelt, von wehenden Reichskriegsfahnen zu Silvester auf dem Göttinger Marktplatz bis dahin, daß ein imaginärer BürgerInnenmob die Demo angreifen würde usw.

Auch wurde verbreitet es würde tierisch abgehen, weil die Leute aus der Demo heraus die Innenstadt zerkleinern wollten bzw. die Polizei die Demo einmachen würde.

U. a. wurde das unglaubliche Gerücht in die Welt gesetzt, daß beim Druck der Plakate auf den ersten dreihundert Exemplaren die politischen Embleme gefehlt hätten und sie nur aufgrund dessen – auf Weisung der Demoleitung – eingestampft worden wären. Das letzte Gerücht, wurde noch kurz vor der Demo massiv verbreitet und war für verschiedene Leute Grund nicht an der Demo teilzunehmen.

Nur noch soviel dazu – es ist zumindest bei diesem Plakat technisch so gut wie unmöglich, daß die ersten dreihundert oder sonstwieviel Plakate ohne Embleme gedruckt worden sein können. Das käme technisch fast der Quadratur des Kreises gleich. Abgesehen davon, wäre lediglich das Fehlen der politischen Embleme für uns kein Grund Plakate einzustampfen.

Mit diesen Beispielen wollen wir nur kurz andeuten, mit welchen Mitteln und auf welchem Niveau gegen die Demo in Göttingen und darüber hinaus Stimmung gemacht wurde. Letzlich demobilisierten Leute damit bewußt und unbewußt die Demo. Wir haben jedenfalls von vielen Leuten, insbesondere von außerhalb gehört, die durch haarsträubende und substanzlose Gerüchte beeinflußt wurden.

Abschließend bleibt zu bemerken, daß weder öffentliche Vorbereitungstreffen, noch klare schriftliche Äußerungen zum Demokonzept, wie z.B. auf dem Flugblatt und der Pressemitteilung, gegen die Mauer der Vorurteile und Ignoranz in großen Teilen der Szene ankamen.

Und nicht nur das, neue Gerüchte machen ihre Runde. Da sich ein Teil der Leute scheinbar nicht eingestehen kann, daß das politische Konzept der Demo einfach hingehauen hat, wird z.B. verbreitet, wir hätten mit dem Innenminister vor der Demo verhandelt.

Nur zu diesem einen Punkt wollen wir hier exemplarisch Stellung nehmen. Das ist natürlich Blödsinn, wir haben mit keinem verhandelt, schon gar nicht mit dem Innenminster. Glaubt wirklich irgendwer, irgendeine beliebige Antifa-Gruppe wäre ein Ansprechpartner für einen Innenminster? Wenn wir so weit wären, daß wir für die herrschenden Institutionen einen Verhandlungsgegner abgeben, dann hätten wir eine politische Relevanz erreicht von der wir nur träumen können.

Vor einer Demo, die wir initiieren oder an der wir beteiligt sind, machen wir eine politische Einschätzung und überlegen uns, wie wir unsere Forderungen durchsetzen können. Dazu gehört auch, daß wir eine Verantwortung für die Demo und die Leute, die an ihr teilnehmen, haben.

Von daher finden wir ein Konzept, an dem sich die Leute orientieren können sehr wichtig. Denn je klarer das Konzept, desto weniger können Menschen funktionalisiert werden.

Wir machen das übrigens bei allen unseren Aktionen so. Mehr noch, an unserer kontinuierlichen politischen Arbeit lassen sich unsere Ziele und wie wir sie erreichen wollen ablesen – auch wenn noch so viele unsinnige Gerüchte verbreitet werden.

Trotz alledem ließen sich viele Menschen nicht von der Meinungsmache beeinflußen, sondern setzten sich unvoreingenommen mit dem politischen Zusammenhang, der Situation und dem Konzept dieser Demo auseinander und solidarisierten sich mit ihr. Wir möchten insbesondere nochmal den auswärtigen Gruppen und Einzelpersonen danken.

Wo soll das alles Enden?

Zunächst einmal geht es uns nicht darum, ab jetzt bei jeder Demo mit Helmen etc. umherzulaufen. Diese Demo hatte jetzt und hier, aus den genannten Gründen, ihren Sinn und ihre Berechtigung. Vielleicht sieht die nächste Demo ganz anders aus.

Es geht uns sowieso nicht darum, ewig nur durch die Gegend zu demonstrieren. Wir denken, daß die inhaltliche Arbeit im Moment, wo alles auseinanderbröselt, einer der wichtigsten Punkte politischer Arbeit ist.

Auch denken wir, daß wir mit politischen, eigenkulturellen Ansätzen mehr rüberbringen und erreichen können, als immer wieder Demos zu machen. Ausstellungen, Vorträge und Konzerte gehören genauso wie Demonstrationen zu unseren Aktions- und Ausdrucksformen.

Und wir möchten diese Veranstaltungen nicht immer nur mit bzw. vor den gleichen Leuten machen, sondern noch ganz andere Kreise erreichen. Um andere Kreise zu erreichen, müssen wir auch andere Räume und andere Orte nutzen als bisher.

Wir wollen uns politisch nicht ewig im Kreis drehen, sondern weiter kommen. Wobei unser Stichwort die Organisierung ist. Aber das ist ein Thema für sich, daß wir hier nicht weiter ausführen wollen und können.

Erfolg

Wir können also abschließend feststellen, daß die Silvesterdemo ein Erfolg war.

Es war eine Demo, zu der nur Autonome aufriefen, bei der es von vorn herein klar war, daß es auch um die Durchsetzung eines Schwarzen Blockes, mit Helmen etc. ging. Trotz der brodelnden Gerüchteküche vor der Demo und den bekanntgewordenen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen den autonomen Widerstand in Göttingen, kamen ca. 700 Leute zur Demo.

Das vorher angekündigte Konzept wurde eingehalten. In der regionalen Presse fand die Demo ein großes und positives Echo, so daß sich die Pressestelle der Polizei genötigt sah am 3. Januar einen fetten Artikel in die Zeitungen zu lancieren, in der die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gerechtfertigt wurden.

Wir haben die Demo von vorne bis hinten zu unseren Bedingungen durchgesetzt. Diese gelungene Initiative war ein offensiver Schritt der uns darüberhinaus politisch glaubwürdiger werden läßt und neue Möglichkeiten eröffnen kann.

Wir bitten alle wirklich interessierten Menschen darum, sich ein vorurteilfreies Bild aufgrund authentischer Informationen zu machen und ihr Handeln nicht von in die Welt gesetzten Gerüchten bestimmen zu lassen.

Nieder die Gerüchteküche – Hoch die Antifaschistische Aktion!

Autonome Antifa (M)

Doppelter Umschlag:
Erster Umschlag: Buchladen, Rote Straße 10, 3400 Göttingen
Zweiter Umschlag: Autonome Antifa (M)

Für 3,–DM in Briefmarken kann bei uns eine Infomappe mit allen Papieren und den wichtigsten Presseartikeln zur Demo bestellt werden.

Vorrede Silvesterdemo 1991

Genossinnen und Genossen – Liebe Leute!

Bevor die Demo losgeht, wollen wir noch ein paar Worte zur politischen Situation und dem inhaltlichen Konzept der Demo verlieren.

Offensichtlich hält sich die Polizei zurück. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Straßen, die wir gehen werden, nicht so breit sind, wie sie aussehen.
Die Demonstration geht auf der Schneide einer Rasierklinge. Es gilt also Balance zu halten.

Wir wissen, daß die Polizei starke Kräfte aufgezogen hat, die nur darauf warten, zum Einsatz zu kommen.
Der Einsatz erfolgt, falls tatsächlich Scheiben klirren – das muß allen klar sein.

Warum wir diese Demo machen

Zum Mord an Alexander Selchow, zu faschistischen Übergriffen, antifaschistischer Selbsthilfe, der Rolle der Justiz und der Polizei wollen wir am Ende der Demo ausführlich sprechen. An dieser Stelle wollen wir nur auf die politische Konstellation dieses Abends eingehen.

Bis zum 16. November 1991 gab es in und um Göttingen eine ganze Reihe von Aktionen und Demonstrationen, die autonomen Antifaschismus langsam zu einer politisch akzeptierten Kraft werden ließen.
Am Abend des 16. November, während der Mahnwache für Conny Wessmann, kam es dann zu dem schon oft erwähnten Angriff der Polizei auf die Leute von der Mahnwache.
Der Hintergrund dieses Angriffs war u. E., daß dem autonomen Widerstand mal eins drauf gegeben werden sollte, Ausschreitungen sollten her, für die Autonome verantwortlich gemacht werden sollten, damit gegen die entstandene Sympathiestimmung in Teilen der Bevölkerung Stimmung gemacht werden konnte.
Das Kalkül ging nicht auf, die Polizeiknüppel trafen auch viele „normale" Bürgerinnen und Bürger, die sich zu diesem Zeitpunkt bei der Mahnwache aufhielten.

Trotzdem macht dieser Einsatz und die bekanntgewordenen Ermittlungen gegen den autonomen Widerstand klar, daß der Polizeistaat gegen den autonomen Widerstand vorgehen will.

Es wäre nun töricht, wenn wir aufgrund dieser Erkenntnisse den Schluß zögen, klein beizugeben und keine maskierten Demos und keine wirkungsvollen Aktionen mehr machen würden. Wenn wir wirklich in gesellschaftliche Abläufe eingreifen wollen, kann sich unsere Devise doch nur aus dem altbekannten Spruch ableiten, daß die beste Verteidigung der Angriff ist.

Dadurch, daß der Polizei der Überfall auf die Mahnwache politisch auf die Füße gefallen ist, haben wir die politische Konstellation, die diese Demonstration möglich macht.
Die Konstellation ist folgende: Silvester ist eh für die Polizei immer eine angespannte Situation. Insbesondere in Göttingen. Anfang der 80er kam es hier einige Jahre lang an Silvester zu den bekannten „Silvesterkrawallen" und auch die Ereignisse im letzten Jahr zeigten, wie schnell der Polizei die Dinge aus den Händen gleiten können.
Schon allein deshalb kann von Polizeiseite aus kein Interesse daran bestehen, diese Demo anzugehen. Es ist doch klar: Wird die Demo angegriffen, wird sie sich zerstreuen und die ganze Stadt wird zum Konfrontationsfeld. Eine solche Situation kann kaum noch unter Kontrolle gebracht werden.
Die einzige Möglichkeit, diese Situation unter Kontrolle zu kriegen, wäre die Demo von vorn herein zu verhindern.
Das ist aber politisch nicht mehr vermittelbar. Eine Demo, die am Todesabend von Alexander Selchow gegen Faschismus demonstriert, verbieten?
Eine Demonstration gegen Faschismus und Polizeiterror verbieten, wenige Wochen nach dem in der Öffentlichkeit sehr umstrittenen Einsatz der Polizei gegen die Mahnwache – unmöglich!

Unmöglich auch deshalb, weil dieser Demonstration von vorn herein ein klares Konzept zu Grunde lag, daß u. a. an die entstprechenden Honoratioren und an die Medien geschickt wurde.

Das alles heißt aber nichts anderes, als daß wir die politische Situation richtig eingeschätzt haben. Zu dieser Einschätzung gehört aber auch, daß die Gegenseite aus ihrer politischen Not eine Tugend gemacht hat.
Die Polizei tritt nicht in Erscheinung, sie und die politisch Verantwortlichen gehen auf unsere Bedingungen völlig ein.
Wenn jetzt was passiert, dann ist klar, es kann nur von uns ausgehen. Dann ist klar, wir sind die

Schuldigen, dann ist jedes Vorgehen gegen uns legitimiert. Seid gewiß: SEK- und Bereitschaftspolizeieinheiten stehen bereit, sie warten nur auf den Einsatzbefehl.
Wir wollen nicht, daß sie zum Einsatz kommen.

Wir wollen unsere politische Akzeptanz und Aktionsfähigkeit vergrößern.

Wir wollen die Abschaffung des Vermummungsverbotes und anderer Polizeistaatsgesetze in die Diskussion bringen.

Der erste Schritt dazu ist, daß wir für diesen Abend die politische Situation erkannt haben und das Maskierungsverbot außer Kraft setzen.
Der zweite Schritt ist, daß wir diese Demonstration, wie von uns angekündigt, durchführen. D.h. es gibt keinen Glasbruch und keine Angriffe aus dem Schwarzen Block, solange wir nicht angegriffen werden.

Genossinnen und Genossen – liebe Freunde, wir wollen nicht nur diese Demonstration gegen „Faschismus und Polizeiterror" mit den Inhalten und unter den Bedingungen durchführen, die wir bestimmen. Wir wollen auch weiterhin offensive und konstruktive autonome Politik machen. Deshalb hängt einiges vom Gelingen dieser Demonstration ab.
Wenn Leute trotz der genannten Fakten meinen, sie müßten was los machen und undifferenziert Bürgerinnen und Bürger anmachen oder anfangen, Steine in Schaufenster zu pfeffern, so können wir das nur als Akt der unpolitischen Provokation werten. Mit ihrem Vorgehen würden diese Leute nicht nur die politische Arbeit in der Region Südniedersachsen und das politische Konzept der Demo über den Haufen werfen, sie würden auch ganz konkret alle Menschen dieser Demonstration gefährden.

Bei einem solchen Vorfall wird die Demonstration stoppen und der Fall an Ort und Stelle geklärt.

Für den erfolgreichen Verlauf der Demo ist es weiterhin wichtig, daß hier nicht gesoffen wird. Wir möchten euch nochmal bitten, darauf zu achten – **Kein Alkohol vor und während der Demo!**

Noch ein Wort zum Fotografieren und filmen durch Presseleute. Anders als vielerorts sonst, wollen wir, daß möglichst viel fotografiert und gefilmt wird. Ein Sinn dieser Demo ist, eine möglichst große Öffentlickeit zu erreichen und die erreichen wir nur über möglichst breite Berichterstattung in den Medien.
Deshalb wäre es geradezu schizophren, die Presseleute anzugehen. Wer nicht abgelichtet werden will, soll sich maskieren – das ist der einzige wirkliche Schutz, vor allem gegen die Kameras von Staatsschutz und Polizei, gegen die wir eh nichts machen können, weil sie uns von gesicherten Standorten aus ranzoomen.

Wir hoffen, daß wir hiermit den politischen Hintergrund und die politische Aufgabe dieser Demonstration genug umrissen haben.
Laßt uns deshalb jetzt aufstellen und eine Demo ohne Polizei aber mit viel Power durchführen – genauso, wie wir uns das in Zukunft vorstellen!

Brief aus Stockholm

Stockholm am 30.November
Seit mehr als zehn Jahren findet in Stockholm am jeden 30.November eine Konfrontation zwischen Faschisten und Antifaschisten statt. Der unmittelbare Anlaß ist daß der "Heldenkönig" Karl XII am 30.November 1718 gestorben ist, und das muß natürlich "gefeiert" werden.
In Stockholm sieht das so aus: In der Mitte der Stadt gibt es einen Markt, wo eine Statue von Karl XII steht, und die Faschos gehen dorthin um einen Kranz bei der Statue nieder zulegen. Diese jährliche Faschomobilisierung muß selbstverständlich verhindert werden und jedes Jahr wird eine Gegendemonstration arrangiert mit gerade dem Ziel. Die letzten drei Jahren ist es den Bullen gelungen, die Faschodemo zu schützen. Aber dieses Jahr war es anders. Zum ersten Mal seit 1987 konnte die antifaschistische Demo -die größte antifaschistische und überhaupt linke Demo seit vielen Jahren!- verhindern, daß die Faschodemo ihr Ziel erreichte.

Das ist erstmal erstaunlich. Die Vorbereitungsarbeit war durch mühsame Auseinandersetzungen um das Demokonzept geprägt und die Stockholmer Antifas konnten sich nicht auf eine Demo einigen. Es gab zwei Demos, eine "Kulturmanifestation" tagsüber mit 2000-3000 TeilnehmerInnen und eine Demo am Abend, die die Konfrontation mit den Faschisten nicht vermeiden wollte. Gegen alle Erwartungen wurde die zweite Demo grösser als die erste Demo; 5000-7000 Menschen haben unter der Parole "Keine Faschisten auf unseren Straßen" teilgenommen und das ist für Stockholmer Verhältnisse fast unglaublich. Das kann nur dadurch erklärt werden, daß es für viele Menschen wichtig war gerade jetzt Stellung zu nehmen.
Durch die Entwicklungen der letzten Monate in Schweden und im Ausland ist es vielen Leuten klar geworden, daß die Faschisten eine ganz reale Drohung sind - was vorher nicht alle wahrgenommen haben. Einige Ereignisse in den Wochen vor dem 30.November; z.B. ein rassistischer Mord an einem Iraner hat die Situation weiter eskaliert, und die Nacht vor dem 30. haben zwei Bullen einen Skinhead in Malmö erschossen. Außerdem waren die Bullen in Stockholm besonders gut vorbereitet um die demokratischen Rechte der Faschisten zu garantieren, weil die von der Presse befürchtete Randale am 30.November als die Generalprobe für die Fußball-EM im Juni 92 galt. Das war sehr kurz der Hintergrund. Zum Ablauf der Demo: zwischen 18 und 19 Uhr haben 5000-7000 antifaschistische DemonstrantInnen den Markt besetzt, wo die Faschisten hingehen wollten. Um 19.30 Uhr Haben die Bullen die TeilnehmerInnen aufgefordert, den Platz zu verlassen; sie hatten aber keine Möglichkeit die Aufforderung durchzusetzen und etwa die Hälfte der Leute blieb auf dem Markt noch 2 1/2 Stunden. Die Faschisten sammelten sich um 20 Uhr in einem anderen Stadtteil und wollten eigentlich eine halbe Stunde später zur Statue marschieren. Aber die Bullen mußten ihnen erzählen, daß das leider unmöglich wäre. 300-500 enttäuschte Fasschisten fangen trotzdem an in die Richtung zu gehen. Diesmal haben sie sich direkt gegen die Bullen gewandt, das war neu, und mit ihnen gekämpft. 100-150 Faschos haben die Polizeiabsperrungen durchbrochen und die Antifademo am Markt mit Steinen und Flaschen angegriffen. Sie wurden aber schnell weggejagt und teilweise auch verprügelt. Insgesamt 94 Personen wurden festgenommen, wovon sehr wenige AntifaschistInnen waren.

Obwohl die Schlägereien nur eine kleine Episode der massiven und friedlichen antifaschistischen Manifestation um die Statue des "Heldenkönigs" herum waren, wurde der ganze Abend als "die Schlacht um Kungsträdgarden" in den Medien hochstilisiert; das heißt, der politische Inhalt wurde völlig auf die Gewalt reduziert. Faschisten und Antifaschisten wurden als dieselbe gewalttätige Feinde der Demokratie dargestellt. In Schweden sind wir noch nicht an Medienhetze dieser Art gewöhnt. Wichtig ist aber daß die Anklage fast nur von oben kommt; der Eindruck bis heute ist, daß die meisten die da waren, und auch viele anderen, die "Gesetzidrigkeiten" hinnehemen und auch verteidigen. Das heißt, im Moment besteht keine unmittelbare Gefahr einer Kriminalisierung und/oder Spaltung des antifaschistischen Widerstands. Es ist eher umgekehrt, die breite Mobilisierung in Stockholm hat zugleich Vorraussetzungen für eine Radikalisierung der antifaschistischen Arbeit geschaffen. Der 30. November dieses jahr wird von linksradikalen Leuten allgemein als ein großer Erfolg der antifaschistischen Bewegung, die erst am Anfang steht, eingeschätzt.

In Lund, eine Stadt im Süden von Schweden, der ander Platz wo Karl XII gefeiert bzw. erniedrigt wird, ist es auch den Antfas gelungen, die Faschodemo zu verhindern. Da haben die Faschisten keinen Schritt machen dürfen, weil die Bullen "ihre Sicherheit nicht garantieren konnten". Entlang der Marschroute der Faschisten hatten 200-300 Antifaschisten Barrikaden errichtet, die sie erfolgreich gegen die Bullen verteidigten. Genauere Informationen darüber können wir hier in Stockholm nicht geben. Eine Einschätzung jedoch ist, daß die beiden Aktionen in Stockholm und Lund am 30.November gut ergänzen.

antifaschistische Grüße aus Stockholm

hej hopp, nassestopp

unsere Kontaktadresse:
Antifascistisk aktion
c/o Bokhandeln INFO
Hornsgatan 151
S- 11734 Stockholm

Schul SPORT

Am Montag, den 6.1.'92,haben wir die Hermann-Hollerith Berufsschule in Steglitz mit einigen Parolen verziert. Leider wurden wir von dem Hausmeister und seinem Hund im unserer künstlerischen Tätigkeit unterbrochen. Anlaß waren die in letzter Zeit bekannt gewordenen rassistischen, rechtsextremen Äußerungen und Praktiken des Schulleiters HJ. Eberts.(INTERIM Nr.173) Ebert muß immer Glück haben, wir nur einmal!

Westfälische Nachrichten

Ermittlungen gegen Umweltzentrum

-chb- Münster (Eig. Meld.). Auf der Suche nach Verfasser, Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift „unfassba" Nr. 7/8 ist gestern das Umweltzentrum Münster durchsucht worden. Dabei sind „Gegenstände sichergestellt worden, die darauf hinweisen, daß die Druckschrift im Umweltzentrum hergestellt wird", erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Büttner von der ermittelnden Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf. Nach seinen Angaben steht das periodisch erscheinende Blatt im Verdacht, die terroristische „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) zu unterstützen.

Mittwoch, 8. Januar 1992

Umwälzzentrum

Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
0251/521112

Presseerklärung der Ladengruppe des Umweltzentrums zur Hausdurchsuchung am 7.1.92

Am Dienstag, den 07.01.1992 fand im Umweltzentrum Münster eine siebenstündige sowie in der UWZ-Druckerei eine zweistündige Durchsuchung statt.

Als Vorwand für diese 5. Hausdurchsuchung seit 1980 bei uns diente ein Ermittlungsverfahren nach §129a Abs.3 StGB gegen Vorstandsmitglieder des Umweltzentrum e.V., weil sie verdächtigt werden, "...durch Verbreitung der Druckschrift UNFASSBA Nr.7/8, für eine terroristische Vereinigung, nämlich die "RAF", geworben zu haben...". Die beanstandete Ausgabe erschien bereits im Mai 1991. Der Razziabeschluß in diesem Ermittlungsverfahren geht zu Lasten der Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Düsseldorf.

Desweiteren wurde noch wegen der "radikal" Nr. 144 Teil 1 und 2 vom Oktober 1991 vom BKA wegen §129a Abs.3 StGB ermittelt (gleiche Aktenzeichen wie bei den Durchsuchungen in Hamburg, Berlin: 2 BJs 178/91-4//1 BGs 228/91 vom 8.11.1991).

Beteiligt an der Durchsuchung des Ladens waren rund 7 Beamte vom Bundeskriminalamt (BKA) sowie 15 vom Landeskriminalamt (LKA) und münstersche politische Polizei (Präsidialbüro II = PB II = Staatsschutz = ehem. "K 14"). Außerdem waren zwei ComputerspezialistInnen und ca. 50 weitere PolizistInnen beteiligt.

Mit Hilfe der Feuerwehr brachen sie um ca. 9.30 Uhr in das Ladenlokal ein, zu einer Zeit, in der sich keineR außer ihnen im UWZ aufhielt. Es ist also zu befürchten, daß schon wie bei früheren § 129a-Verfahren Wanzen installiert wurden bzw. Postverkehr überwacht/Telefon abgehört werden. Außerdem haben "unsere" münsteraner Polizisten alles mit Videokameras gefilmt und fotographiert.





Um ca. 10.30 Uhr kam dann eine Frau aus dem Vereinsvorstand in Zeugenbegleitung. Ansonsten wurde bis auf ein weiteres Vorstandsmitglied keineR mehr reingelassen. Mutmaßliche SympathisantInnen wurden im Umkreis von 50 Metern kontrolliert und ein besorgter Bürger wurde kurzfristig festgenommen, da er sich weigerte zu verschwinden. Die Durchsuchung war ausgesprochen gründlich: Unser Archiv, der Verkaufsraum, alle etwa 50 Postfächer, Ordner usw. wurden mit Handschuhen Blatt für Blatt durchgesehen, beschnüffelt und zum Teil abfotographiert.



Wegen Verdachts der Unterstützung der Roten Armee Fraktion (RAF)

Polizei durchsucht Umweltzentrum



Razzia: Polizei durchsucht das Umweltzentrum

Ermittlungen gegen Zeitschrift „unfassba"

Gleichzeitig überfielen ca. 50 Polizysten (darunter ein Drucker, der die Seite gewechselt hat) die UWZ-Schnelldruckerei, in der sich zu dem Zeitpunkt ein Mensch befand. Sie beschlagnahmten dort unter anderem "21 Aludruckplatten, davon 19 x UNFASSBA Nr. 10, 1 x UNLESBA Nr. 10, 1 x UMPF".

Aus dem Umweltzentrum-Archiv beschlagnahmten sie:
- [illegible] Kopien einer wissenschaftlichen Arbeit an der Uni Münster übe die UNFASSBA (Thema: Alternativzeitungen);
- 1 x Umschlag C 5 Kostenrechnung K 14 (= Spitzel-Spesenrechnung);
- 1 x Buch "Die Rote Zora";
- 1 x "radikal" 144 Teil 2;
- 2 x UNFASSBA Nr. 7/8.

Aus dem Lagerraum stahlen sie 9 UNFASSBA Nr. 7/8.

Im Laden fehlen seit ihrem Besuch:
- 8 leere "Lieferscheine UNFASSBA" aus dem UNFASSBA-Postfach;
- 7 Krimi-Rundbriefe Nr. 30;
- 1 Blatt aus einem Ordner der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden betreff ihrer Zeitung "Ausbruch" (die ebenfalls Postfächer im UWZ hat);
- 1 x dreiseitiger Brief aus dem Postfach eines Vereinsmitglieds.

Sie interessierten sich auch für "INTERIM", "radikal - ein Interview", nahmen sie aber nicht mit. Die BKAler kauften drei Exemplare der UNFASSBA Nr. 10 (vermutlich einmal für Wiesbaden, einmal für Düsseldorf und einmal fürs Präsidialbüro II Münster).

Die Durchsuchungen bei uns sind im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen des BKA gegen kritische Zeitungen und Infoläden zu sehen. Allein in den letzten Wochen gab es Durchsuchungen im Infoladen M99 Berlin, Schwarzmarkt Hamburg, Infoladen Karlsruhe, Infoladen Passau, Alhambra Oldenburg, AJZ Bielefeld, Buchladen Le Sabot in Bonn. Größtenteils wurden unbequeme Infos, Bücher (Rote Zora) und Zeitungen wie radikal, agitare bene, Prozeßinfo oder - wie in unserem Fall - UNFASSBA Nr. 7/8 als Begründung für die Razzien herangezogen. Das Ziel ist Einschüchterung und Rufmord in der Öffentlichkeit. Dabei wissen sie selber, daß wir nicht, wie von ihnen in den Medien behauptet, "Organisationszusammenhänge für die RAF" schaffen.

Wir werden auch in Zukunft unsere Postfächer allen Initiativen, Zeitungen und Gruppen zur Verfügung stellen, die das wollen. Bei uns gibt es keine Zensur. Statt der üblichen Parolen:

Das kratzt uns nicht, das war nur lästig!

<u>Anhang:</u>
Kopie des kriminalisierten Artikels aus UNFASSBA Nr. 7/8; Zeitungsartikel aus "Münstersche Zeitung" (MZ) und "Westfälische Nachrichten" (WN) vom 8.1.1992.

Wir bitten um Spenden: Umweltzentrum Spendenkonto: Postgiroamt Dortmund
BLZ. 44010046 Kontonr. 76780-465

Einladung zum 2. überregionalen linksradikalen ♀♀♀ - Treffen

Liebe ♀♀♀ aller **noch** "Herren"Länder!

Am 16. November 1991 fand das 1. überregionale linksradikale ♀♀♀ Treffen in Nürnberg statt. Zu unserer großen Freude waren ca. 60 ♀♀♀ aus 12 Städten (Berlin, Münster, Frankfurt, Freiburg, Stuttgart, Nürnberg, Erlangen, Regensburg, München, Rosenheim, Wien, Oberpfalz) anwesend.

Wesentliche Diskussionspunkte waren die grundsätzlichen Vorstellungen von überregionaler Organisierung und die Frage, in welcher Weise die Arbeit der verschiedenen ♀♀♀ - Gruppen in der Mobilisierung gegen den WWG Ausdruck finden kann bzw. ob Kampagnenpolitik überhaupt vorstellbar ist.
Einig wurden wir uns darin, daß überregionale Treffen nicht zu einer Organisierung um ihrer selbst willen führen sollen. Es wurde deutlich, daß es ein starkes Bedürfnis nach Austausch von Informationen und Diskussionsprozessen und nach überregionaler Vernetzung gibt. Solche Strukturen können und sollen aber kein Ersatz für konkrete politische Arbeit und Auseinandersetzungen in den Städten und Regionen sein
Von vielen ♀♀♀ wurde es als wichtig erachtet, zu konkreten Anlässen wie den Ereignissen 1992 eine gemeinsame Praxis zu entwickeln.

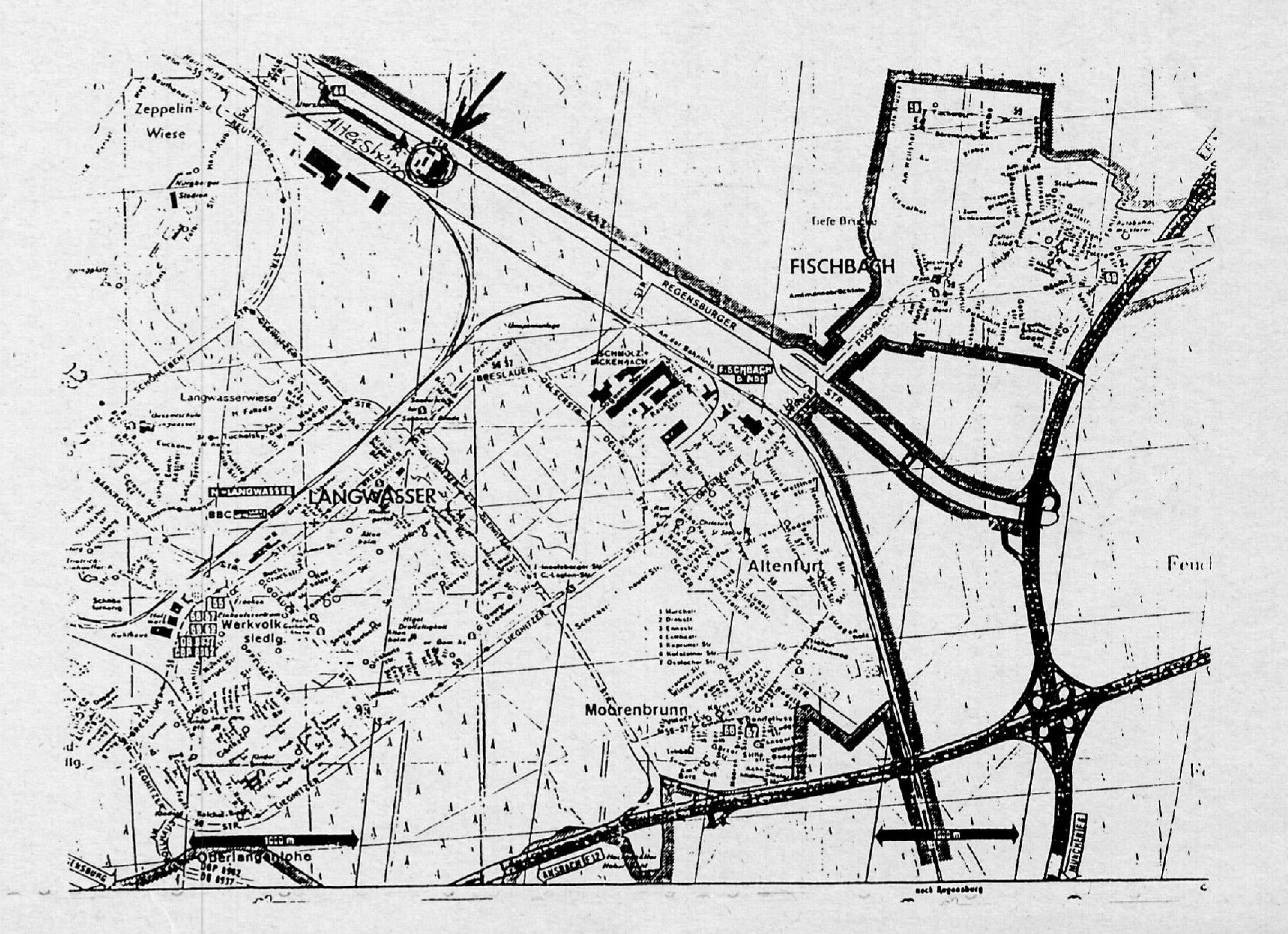
Grundlegende Fragen waren:
- Wie kommen wir aus dem permanenten Reagieren auf die jeweiligen politischen Ereignisse heraus?
- Wie können wir mit den alltäglichen Kämpfen von ♀♀♀ als Ausgangsbasis gegenüber der Politik der HERRschenden in die Offensive gelangen?
- Wie können unsere feministischen Ansätze in unserem politischen Handeln greifbar gemacht, vermittelt und weiterentwickelt werden?
Auffallend war, daß viele ♀♀♀ zum Thema Rassismus, Antifa und Flüchtlingspolitik arbeiten. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Diskussion, wie sie von ♀♀ in der konkreten Situation auf dem ersten Treffen geführt wurde, systemimmanent und damit rassistisch war.

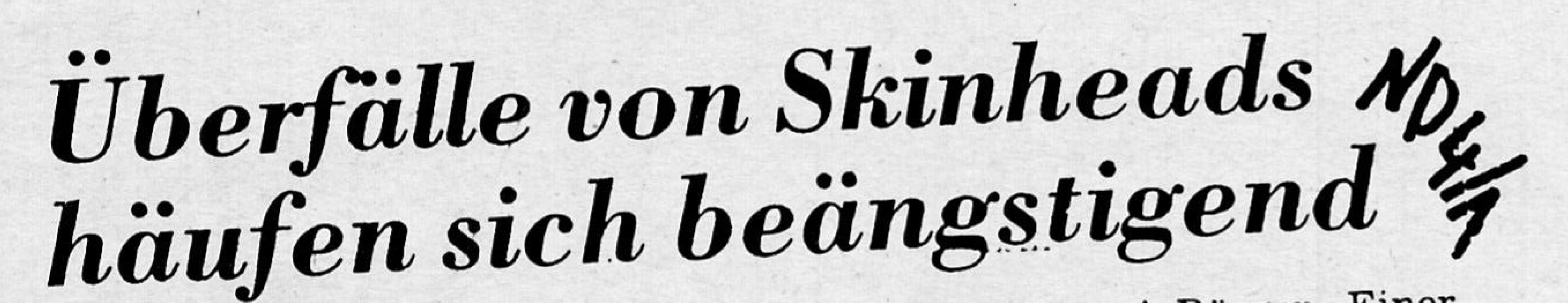
Viele ♀♀♀ äußerten denWunsch nach inhaltlicher Auseinandersetzung. Deshalb soll es auf dem zweiten Treffen Arbeitsgruppen zu Themen geben, an denen wir bereits arbeiten, um diese in Bezug zu einer Mobilisierung gegen den WWG zu stellen.
Folgende Arbeitsgruppen stehen bereits fest :
- ♀♀♀ und Knast,
- Flüchtlingspolitik,
- Bevölkerungspolitik,
- Conquista (eventuell),
- EG, wirtschaftliche Verflechtungen.
Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Themen sind jederzeit willkommen.
Die Arbeitsgruppen werden städteweise vorbereitet, wobei wir unter Vorbereitung eher Vorstrukturierung und Formulierung möglicher Fragestellungen verstehen, denn das Liefern fertiger Antworten und Ergebnisse. Jede einzelne soll ihre Inhalte und Fragen einbringen. Es wird darum gehen, miteinander zu reden und nicht zu referieren.
Wir hätten euch auch gerne die Papiere der vorbereitenden Gruppen geschickt, wie es eigentlich ausgemacht war, doch leider kam kein einziges bei uns an.

Und nun zum Formalkram:
- Kinderbetreuung ist möglich, muß aber vorher angemeldet werden (♀♀♀ – Koordination, c/o Werkhaus, Leonrodstr. 19, 8000 München 19, Tel: 089/168116);
- meldet euch selbst bitte auch vorher an;
- das ganze findet statt in dem Olaf-Ritzmann-Kollektiv (Tagungshaus), deshalb kostet die Übernachtung 10.-DM.
- Die Räume sind für Rollifahrerinnen geeignet;

Wir treffen uns am Samstag, den 9. Februar um 13 Uhr und den ganzen Sonntag.
Die Adresse ist Regensburgerstr. 412, 8500 Nürnberg 30.

Bitte vervielfältigen und weitersagen!!!!





Überfälle von Skinheads häufen sich beängstigend

ND 4/1

Erfurt (ADN/ND). Mindestens sechs Zwischenfälle mit Skinheads registrierte die Polizei in Thüringen in den vergangenen zwei Tagen. Die Folgen sind acht verletzte Personen und zum Teil erheblicher Sachschaden. Auf das Asylbewerberheim in Sömmerda wurde erneut ein Anschlag verübt.

In Moderwitz (Kreis Pößneck) schlugen am frühen Sonntagmorgen etwa 20 vermummte, kahlköpfige Männer mit Baseballschlägern und Zaunlatten auf Gäste einer Gaststätte ein und schossen mit Gaspistolen. Fünf Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

In der Nacht zum Sonntag drangen in Rudolstadt etwa 25 Männer in einen Jugendklub ein. Eine unbeteiligte Person wurde geschlagen. In Jena überfielen am frühen Sonnabendmorgen acht unbekannte Skinheads zwei Bürger. Einer erlitt einen Unterkieferbruch, der zweite eine Platzwunde.

Auf dem Erfurter iga-Gelände überfielen 20 Jugendliche eine Gaststätte. Sie zerstörten zehn Verbundglasscheiben und versuchten die Kasse zu stehlen. Laut Angaben der Polizei gehörten fünf der Jugendlichen der rechten Szene an.

Unbekannte haben in der Nacht zum Freitag die Asylbewerberunterkunft in Kremmen, Kreis Oranienburg, mit Steinen beworfen. Ein mit Baseballschlägern und Stahlketten bewaffneter Schlägertrupp hatte kurz zuvor eine vierköpfige Familie in Velten überfallen und die Bewohner geschlagen. Das Ehepaar und die zwei Kinder erlitten zum Teil starke Prellungen. Über die Motive der Täter, so die Polizei, sei bisher nichts bekannt.

Brandanschlag

ND 3.1.

Auf das Asylbewerberheim an der Neuköllner Grenzallee ist in der Nacht zum Donnerstag vermutlich ein Brandanschlag verübt worden. Ein 44jähriger Bewohner des Heimes hatte gegen 5 Uhr ein Feuer bemerkt und Stimmen gehört. Als der von dem Mann alarmierte Pförtner eintraf, war das Feuer bereits erloschen. Da Glasscherben auf dem Boden lagen, wird vermutet, daß eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit gegen die Hauswand geworfen wurde.

EINE VERANSTALTUNG ZUM KAMPF DER UREINWOHNERINNEN KANADAS

A SINGLE SPARK CAN START A PRAIRIE FIRE

"OKANADA"
EIN DOKUMENTARFILM, DER DEN MOHAWK AUFSTAND IM JAHRE 1990 ZEIGT. EIN EINDRUCKSVOLLER BLICK HINTER DIE BARRIKADEN DER LETZEN TAGE

"AS LONG AS THE RIVER FLOWS"
DER FILM GIBT EINBLICK IN DAS TRADITIONELLE LEBEN DER CREES, DAS IN ENGER VERBUNDENHEIT MIT DER NATUR STEHT. DIESE LEBENSWEISE WIRD DURCH DIE STAUANLAGEN DES JAMES BAY, EINES WASSERKRAFTPROJEKTES ERHEBLICH BEDROHT - DIE ERSTE BAUPHASE RICHTET BEREITS GROßE ZERSTÖRUNGEN. ES WIRD ERWARTET DAß SICH HIER EIN EINZIGARTIGER KAMPF IN DER GESCHICHTE DER INDIANERINNEN KANADA'S, GRÖßER ALS DER DER MOHAWK, ANBAHNT.

(NUR TEILWEISE INS DEUTSCH ÜBERSETZT)

- ANSCHLIEßEND DISKUSSION -

19 JANUAR, SONNTAG
YORCKSTR 59 20 UHR

(aus: Land Unter)

"Neue" alte Weltordnung

Auch 1992 wird ein wichtiges Datum in der Geschichte der Unterdrückung der Völker im Süden. 1992 wollen die europäischen Staaten mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes einen entscheidenden Schritt nach vorne tun im Kampf um die besten Ausbeutungsbedingungen in aller Welt.

Der Völkermord, die Ausplünderung und Unterdrückung der Menschen in Amerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa selbst, im Verlauf der letzten 500 Jahre sind dabei die Basis für den Kampf um die an die USA verlorene Führungsrolle zurückzugewinnen. Um in der sich verschärfenden imperialistischen Konkurrenz bestehen zu können, müssen sie die Ausplünderung und Kontrolle über den Trikont weiter ausdehnen, intensivieren und sichern.



In diesem Zusammenhang hat die USA im letzten Golfkrieg ihr militärisches Gewicht demonstriert. Diese miliärische Demonstration, die über 100.000 Menschen im Irak das Leben kostete, war von vitaler Bedeutung für die USA in der Auseinandersetzung mit dem erstarkten Europa, denn es ging um die Kontrolle über eine strategisch wichtige Region und um's Öl als wichtigster Energiereserve.

Die europäischen Mächte, insbesondere die BRD, hat dieser Krieg geradezu in Panik versetzt und ihnen drastisch die Notwendigkeit vorgeführt, eigene militärische Strukturen aufzubauen. Wichtigstes Ziel für die WEU (Westeuropäische Union) ist es, bei künftigen Militäraktionen genauso flexibel und schnell eingreifen zu können wie die USA.

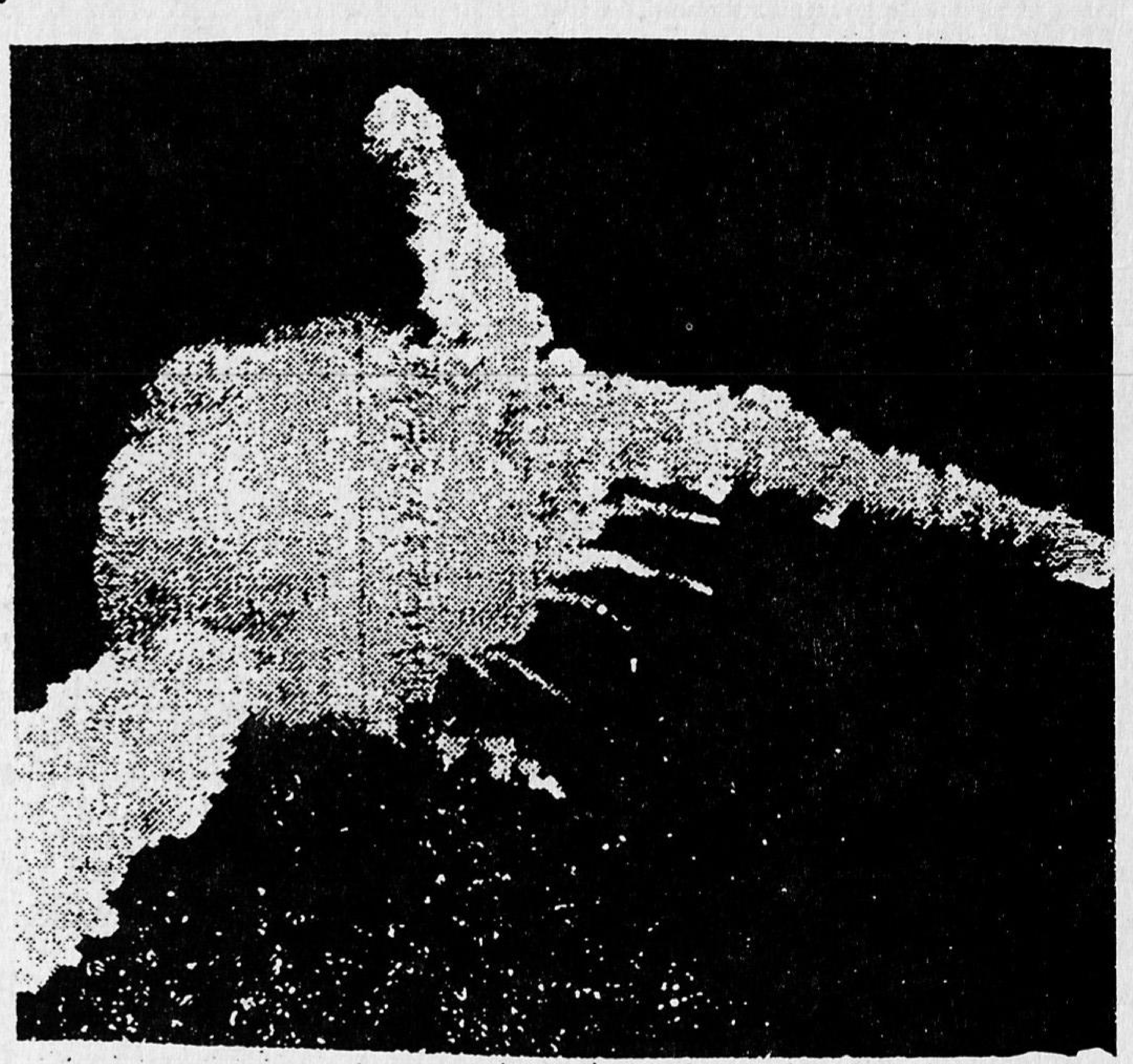
Offen erklären sie, daß sie nicht mehr länger die Kosten der Aggressionspolitik tragen wollen, während die USA auf politischem und militärischem Gebiet bestimmen, wo es lang geht. Die BRD steht in diesem Zusammenhang ganz groß im Vordergrund. Es geht darum, endlich nach 45 Jahren wieder militärisch auftreten und deutsche Soldaten wieder in aller Welt mitmorden lassen zu könnnen.

Auf der politischen Ebene ist es den europäischen Mächten, allen voran der BRD, gelungen, die KSZE ("Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa") zu einem europäischen Machtinstrument auszubauen. Deutlich wird das an der Tatsache, daß der neuinstallierte Krisenmechanismus nur auf Antrag von mindestens 12 Staaten in Gang gesetzt werden kann. D.h., die EG-Staaten (12 Staaten, die sich ständig treffen) haben das entscheidende Gewicht und sind unabhängig davon, ob die USA mit einer Entscheidung einverstanden ist oder nicht.

Am Vorabend der Außenministerkonferenz der KSZE (Juni 91) hat die US-Regierung durch ihren Aussenminister Baker die Vision einer "euro-atlantischen Gemeinschaft von Vancover bis Wladivostok" verkünden lassen. Es ist der lächerliche Versuch der USA, auf diplomatischer Ebene aus ihrer politischen Defensive, die auch hier deutlich wird, heraus zu kommen. Auf der ökono-

mischen Ebene sind die USA gezwungen, eine Art US-EG von Alaska bis Feuerland weiterzutreiben, um ein Gegengewicht zum EG-Binnenmarkt zu entwickeln. Um so mehr, da es klar ist, daß ihnen der europäische Markt samt seiner Ausdehnung bis in die Sowjetunion im wesentlichen verschlossen bleiben wird.

Diese Kraftproben - am drastischsten die am Golf - werfen bereits ein deutliches Licht darauf, was auf die Menschen im Süden, aber auch in den Metropolen zukommt.
Es ist die angeblich neue Weltordnung, von der auch die Herrschenden Europas in einem fort reden. Nach dem Zusammenbruch der Grenze, die der real existierende Sozialismus in den Staaten Osteuropas für den Expansionsdrang des Kapitals darstellte, ist auch tatsächlich eine neue Situation entstanden. Für viele Befreiungsbewegungen heißt das nämlich, daß sich ihr Kampf mehr in die Länge ziehen wird, weil eine politische und materielle Hilfe wegfällt und sich die Bedingungen insgesamt verschärfen. Auch für Staaten, die sich bislang der Weltmarkt-Ausbeutung widersetzt haben, wird der Spielraum ständig kleiner und sie müssen völlig auf sich gestellt den Schlägen des Imperialismus begegnen.


Januar 1986: Explosion der Challenger

In dieser Situation treten die EG-Staaten gerne als die Vertreter einer zivileren, nicht ganz so aggressiven, mehr wirtschaftlich als militärisch agierenden Weltmacht auf. In Wahrheit aber ist die BRD, zusammen mit den anderen europäischen Staaten, gerade dabei, aus dem Schatten der USA zu treten. Es geht für die Herrschenden Europas jetzt darum, ihre Politik gegenüber den Trikont-Ländern zu koordinieren und mit vereinheitlichter Position ihre Interessen durchzusetzen. Der in den letzten Jahren stark gestiegene "wirtschaftliche Einfluß" Europas überall in der Welt soll künftig mit allen politischen und militärischen Mitteln abgesichert werden können. Nach dem Ende des "Ost-West-Konflikts" entsteht, beflügelt und gestärkt durch die Annexionder DDR durch die BRD, ein neues, eigenständiges imperialistischen Machtzentrum mit der BRD an der Spitze, das mit den provokativen 500 Jahr-Freiern an die Zeit anknüpfen will, als Europa schon einmal die unumschränkte Weltherrschaft besaß. Für uns gibt es aus diesem Grund nichts an diesem Projekt mitzugestalten und auch keinen Einfluß auf irgendwelche auf den ersten Blick positiveren, zivileren oder gar ökologischeren Konzepte der EG zu nehmen.

Um für die neue Weltmachtrolle gerüstet zu sein, soll der europäischen "Einigungsprozeß" - also die Verflechtung der europäischen imperialistischen Staaten auf ökonomischer, politischer und militärischer Ebene - einen entscheidenden Schritt nach vorne gebracht werden.
Die bisherige Entwicklung der "Vereinigten Staaten von Europa" zeigt klar, worum es dabei geht: es wird/bleibt ein Europa der Bullen und Bonzen!

"Offene Grenzen" haben bis jetzt nur den großen Konzernen bessere Ausbeutungs- und Verwertungsbedingungen geschaffen. Schon längst ist europaweit eine gigantische Fusions- und

Kooperationselle in Gang: z.B. die wechselseitigen Beteiligungen an Daimler und dem französischen Rüstungskonzern Matra (der wiederum mit der britischen General Electric eine "Gesellschaft für Raumfahrtausrüstungen" gegründet hat). Die britische Barclays-Bank hat die Deutsche Bank Merck, Fink + Co. gekauft. Britische Firmen sind bei der IG Farben-"Abwicklungsgesellschaft" eingestiegen. Ganz zu schweigen von den Projekten und Konzernen, die von vorneherein europäisch angelegt waren, wie z.B. das Mikroelektronik-Forschungsprojekt "JESSI" oder die Airbus-Produktion.

Diese bisher nie dagewesene Konzentration bedeutet das Ende für unzählige kleinere Firmen. Dadurch und durch die Umstrukturierungen in den Konzernen steigen die Erwerbslosenzahlen weiter. Und für die Herren in den Vorstandsetagen bringt das die geeignete Basis für ihre weltweiten Operationen und noch mehr unkontrollierbare Macht. Auch für die Militärs Europas sind die Grenzen schon gefallen. Die Rüstungsindustrie floriert: deutsch-französische Militärabkommen bestehen schon lang; trotz dem ständigen Gerede von Abrüstung - europaweit werden militärische Projekte, wie "Jäger 90", Raumfahrtprogramm "EUREKA", deutsch-französiches Atomprogramm, etc. weiter vorangetrieben. Europäische Eingreiftruppen sollen jetzt eingerichtet werden, die - zusammen mit den Soldaten der neuen Weltmacht BRD - in aller Welt "legitime Interessen" durchsetzen sollen.



Gleichzeitig werden die Grenzen dichtgemacht für die Menschen. Das Schengener Abkommen sorgt dafür, daß Flüchtlinge und MigrantInnen nicht mehr in die Festung hineinkommen. Europaweit werden die Ausländergesetze verschärft. Die Schreibtischtäter haben entschieden, daß Hunger und Folter keine ausreichenden Gründe sind, die Grenzen zu öffnen, bzw. Menschen nicht wieder abzuschieben.

Weil ihre Politik zwangsläufig Widersprüche produziert, die zu sozialen Spannungen führen können oder werden, wurde und wird auch gleichzeitig der "Sicherheits"apparat europaweit ausgebaut, um entsprechen reagieren zu können. Z.B. durch polizeiliche Zusammenarbeit und Datenübermittlung oder durch geheime Gremien wie z. B. TREVI (Justiz- und Innenminister, hohe Regierungsbeamte und Geheimdienstler).



Großdeutschland

Wir leben in dem Staat, der die Formierung der EG von Anfang an vorangetrieben hat. Die Achse Bonn-Paris ar der Ausgangspunkt der sogenannten "europäischen Einigung". Regelmäßig finden heute deutsch-französiche Gipfeltreffen statt, um die gemeinsame Europa-Politik abzustimmen. Mit der symbolischen Aufstellung einer deutsch-französichen Brigade haben die beiden Staaten ein klares Beispiel für ihre Ziele gegeben.

Jetzt aber, nach der Annexion der DDR, ist die Dominanz der BRD unübersehbar. Daß die Chefs von Kohl + Co. aber noch lange nicht genug haben, demonstriert Daimler-MBB-Vorstand Reuter: "Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt und wir wollen dabei sein."
Dabei ist die BRD letztes Jahr schon auf Platz 2 hinter den USA im IWF (Internationaler Währungsfond - Instrument der Unterdrückungs- und Verschuldungspolitik) gestiegen. Siemens, Daimler, Hoechst, Deutsche Bank herrschen nicht nur in Europa, sondern sorgen heute überall in der Welt für die Fortsetzung von 500 Jahren Ausbeutung.

> Die Hoechst-Tochtergesellschaft in Chile telegraphierte nach dem Putsch im September 1973 an die Frankfurter Zentrale: "Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Am 13. abend stand bereits fest, daß der Staatstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben... gelungen war. Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein."

Dieser ökonomischen Größe entspricht natürlich auch die Politik der BRD in Europa. Von hier aus werden europaweit die reaktionären Standarts in den Knästen, bei der Asylpolitik und auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene durchgesetzt. Der Widerstand in den Staaten der EG kriegt die "bewährten" BRD-Modelle der Repression aufgedrückt: Von hier aus wurde/wird der erneute Einbruch des Kapitals in Osteuropa un der Sowjetunion betrieben.

Natürlich werden wir, in der derzeitigen Situation, die eigentlich von einem Niedergang linker Positionen gekennzeichnet ist, einige Schwierigkeiten bei unserer Positionsbestimmung haben. Gekennzeichnet von den Umbrüchen im Osten, der sog. "Wiedervereinigung", dem Golfkrieg etc., ging und geht Resignation und Spaltung durch (fast) alle linken Gruppen oder Strömungen.



Dennoch sehen sich alle Bewegungen, seien es Frauen-, Asyl-, Anti-AKW-, Internationalismus-, Häuserkampf- oder Gefangenen-Solidaritätsgruppen von den massiven Umstrukturierungsmaß-

nahmen betroffen. Mensch kann von einem Generalangriff auf sämtliche gesellschaftliche "Randbereiche" sprechen, der sich zunehmen auch auf die gesamte Bevölkerung ausdehnt (Gesundheitsreform, Steuergesetze, etc.). Und dies betrifft nicht nur uns hier, sondern zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern. Eben da müssen wir unseren Ansatzpunkt finden - bei denen, die noch den Willen zu einer gesellschaftlichen Umwälzung formulieren und den Widerstand auch nach außen tragen. Es darf dabei aber nicht einen einmalige Mobilisierung wie zum IWF in Berlin entstehen. Es müssen kontinuierliche Zusammenhänge geschaffen werden, die über das Jahr 1992 und seine Highlights wie Weltwirtschaftsgipfel/G7-Treffen hinaus zusammenarbeiten. Im BUKO findet sich schon ein Teil der möglichen Kampagnen zusammen. Doch innerhalb des BUKO gibt es Strukturen und politischen Strömungen, die teilweise so beliebig sind, daß es möglich war, daß vor kurzem in Nordrhein-Westfalen ein Kampagnen-Flugblatt erschien mit einen Vorwort von Johannes Rau und sämtlichen Initiativgruppen und Kampagnenvorschlägen drauf. Gegen solche Übernahmeversuche u.ä. müssen wir uns entschieden abgrenzen. Es kann auch nicht darum gehen à la "die Begegnung zweier Kulturen" im nächsten Jahr ein schönes Kulurfest mit Ausstellungen und KünstlerInnen aus Lateinamerika und ein paar kritischen Untertönen durchzuführen. Unsere Kritik muß massiv sein und entsprechen umgesetzt werden.

Gleichzeitig ist/wäre diese Arbeit eine neue Möglichkeit, den Begriff "Internationale Solidarität" praktisch zu machen. In Süd-, Mittel- und Nordamerika haben sich 120 indigene Nationen organisiert, um durch gemeinsame Diskussion und Kampagnen Widerstand gegen die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse zu entwickeln und zwar im encuentro continental del pueblo indigena unter dem Motto "500 anos de resistencia campesino-indigena" (Kontinentales Treffen des indigenen Volkes: "500 Jahre Bauern- und Indigena-Widerstand").
Aus der Erklärung von Quitto: "Wir lehnen die 500 Jahr-Feiern rundweg ab. Wir sind fest entschlossen, dieses Datum zum Anlaß zu nehmen, unsere Einheit zu festigen und auf dem ganzen Kontinent unseren Befreiungskampf zu verstärken."

"1492 – 1992"
500 Años de
Resistencia
Campesino – Indigena
ENCUENTRO LATINOAMERICANO DE
ORGANIZACIONES CAMPESINO–INDIGENA

In diesem Zusammenhang wurde auch die Kampagne "Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992" von lateinamerikanischen KünstlerInnen, PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen etc. gestartet.

Der spanische Staat will den 500sten Jahrestag der Landung Columbus' auf dem amerikanischen Kontinent feiern, indem die drei im Original nachgebauten Schiffe am 12.10.92 beladen mit der Nachbildung der Columbus-Statue in Barcelona, an der "Freiheitsstatue" in New York anlegen sollen. Es soll einer der Höhepunkte der Feierlichkeiten sein, die vom spanischen Staat vor allem in Spanien selbst veranstaltet werden. Dazu wurde eine Kommssion gebildet, an deren Spitze der spanische König und Regierungspräsident Gonzales stehen. Mitglieder dieser Kommission sind Vertreter sämtlicher Regierungen Mittel- und Südamerikas. Beobachtenden Status haben Israel, USA und Italien.

IS JA IRRE SAGT MENSCH MEIER



Lassallestraße57 besetzt! um drin zu arbeiten zu wohnen zu leben!

CafeKneipe + Infoladen

STAND JA LANGE GENUG LEER!

1.1.92 ⚥ Erfurt

Potsdamer Polizei mit mobiler Wache präsent

BeZe 4.1.

Reaktion auf die Ausschreitungen in der Hausbesetzer-Szene

Von unserem Redaktionsmitglied Daniela Doering

Potsdam. Nach Ausschreitungen von mehr als 50 Hausbesetzern in der Silvesternacht in Potsdam will die Polizei zukünftig stärker präsent sein. Das kündigte jetzt Potsdams Polizeipräsident Detlef von Schwerin an. Angesichts des Riesen-Loches bei der Bereitschaftspolizei hat er sich damit eine schwierige Aufgabe gestellt.

In Brandenburg gibt es statt der vorgesehenen fünf nur zwei einsatzfähige Hundertschaften (mit je 149 Mann). Und von den für die Landeshauptstadt geplanten Mannschaften ist, wie ein Polizeisprecher der Berliner Zeitung sagte, „nicht mal ein Drittel" einsatzfähig.

In der Silvesternacht standen 35 Polizisten für einen Einsatz zur Verfügung. Diese wurden auf Gebiete verteilt, zu denen es Informationen über bevorstehende Gewalttaten gab. So war man zwar auf Anschläge von Skinheads auf Asylbewerberheime vorbereitet, nicht aber auf Tätlichkeiten aus der Hausbesetzer-Szene. 50 bis 100 Besetzer waren Polizeiangaben zufolge an den Ausschreitungen in der Gutenbergstraße beteiligt. Mit Molotow-Cocktails und Pflastersteinen beschädigten die Autonomen zwei Bankfilialen, zwölf Geschäfte, zwei parkende Autos sowie sechs Einsatzfahrzeuge der Polizei. In einem der Geldinstitute entstand ein länger anhaltendes Feuer. Die Randalierer warfen Steine und Silvesterknaller auf Polizisten und Feuerwehrleute.

Polizei und Magistrat hätten nach Ansicht des Polizeipräsidenten bisher „viel Geduld in Sachen Hausbesetzung" bewiesen. Gewalt – in welcher Form auch immer – werde jedoch nicht toleriert. Von Schwerin kündigte an, alle strafrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Täter möglichst schnell zu fassen. Hinweise von Zeugen auf einige Beteiligte liegen bereits vor. Festgenommen wurde bislang niemand. Aufgrund der Übermacht der Randalierer war das am Tatort nicht möglich.

Als Reaktion auf die Ausschreitungen in der Gutenbergstraße werden jetzt im Potsdamer Stadtgebiet fünf zusätzliche Streifenwagen eingesetzt. Diese fehlen jedoch an anderen Stellen. Außerdem soll mit einem Streifenwagen als „mobiler Polizeiwache" vor allem in der Gutenbergstraße Präsenz demonstriert werden.



Vom 6. bis 8. Juli 1992 treffen sich in der High-Tech & Bonzenstadt München die Chefs der 7 mächtigsten Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG oder auch G7). Seit Mitte der 70er Jahre hat sich diese Institution neben IWF, Weltbank, und GATT zu einer zentralen Clearingstelle imperialistischer Politik entwickelt. Über die verheerenden Auswirkungen dieser Politik auf den Trikont (sog. 3.Welt = die 3 ausgebeuteten Kontinente Asien, Afrika, Lateinamerika) und die Rolle, die IWF und Weltbank dabei spielen, ist relativ viel geschrieben worden. Hier einiges zur besonderen Funktion der Weltwirtschaftsgipfel:

Gipfel-Rückblick

1971 verkündete US-Präsident Nixon das Ende der Goldkonvertibilität des Dollar, im März 1973 gaben die USA das System fester Wechselkurse gegenüber dem Dollar auf. Dadurch wurden Dollarabwertungen möglich, die die US-Zahlungs- und Handelsbilanz verbesserten, sowie Exportvorteile für die USA boten. Das System fester Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung, das 1944 in Bretton Woods eingerichtet wurde, war damit zerfallen; die ökonomische Hegemonie der USA innerhalb der kapitalistischen Welt beendet. Japan und die EG waren zu gleichstarken Rivalen herangewachsen. Der Anteil der EG-Staaten am Welthandel übertraf schon den der USA, das europäische Bruttosozialprodukt näherte sich dem US-amerikanischen. Steigende Ölpreise verschärften die wirtschaftlichen Probleme in allen kapitalistischen Ländern. Zwischen Oktober 1973 und Januar 1974 stieg der Preis für einen Barrel Öl von 3 auf 12 Dollar. In den OECD-Staaten (=Zusammenschluß von 24 Industriestaaten) machte sich eine Rezession mit durchschnittlich 13,5 % Inflation und 15 Mio. Arbeitslosen bemerkbar; der Welthandel ging zurück.

Die Weltwirtschaftsgipfel drücken also eine veränderte innerimperialistische Hackordnung aus. Sie sind "bescheidene Elemente einer Globalsteuerung", ein neues "westliches Konsultationssystem, das die abnehmende Bedeutung der USA in der westlichen Wirtschaft und den Aufstieg Europas, Japans wie auch der EG als Gruppierung angemessen verarbeiten konnte", wie es in einer Studie des Royal Institute of International Affairs, London, und des Center for International Affairs, Harvard University, vornehmer heißt.

Seit 1975 finden diese Treffen jährlich statt. Angeregt hatte sie der damalige französische Präsident Giscard d'Estaing, unterstützt von SPD-Kanzler Helmut Schmidt, um wirtschaftliche, insbesondere währungspolitische Fragen im direkten Kontakt der Staats- und Regierungschefs zu diskutieren. Die gemeinsam erzielten Ergebnisse, im Abschlußkommuniqué festgehalten, sind nicht rechtsverbindlich, sondern bloße Absichtserklärungen oder freiwillige Verpflichtungen. Der Teilnehmerkreis war anfangs umstritten. Die Initiatoren dachten an den kleinen Kreis der G5-Staaten (USA, GB, F, BRD, J), die sich bereits auf der Ebene der Finanzminister regelmäßig trafen.

Die G-5-Gruppe umfaßt die Länder, welche die ständigen Mitglieder im IWF-Exekutivdirektorium stellen und 45% der IWF-Stimmanteile auf sich vereinen. G5 trifft sich nach wie vor (inzwischen inklusive Italien) und hat sich zu einer "Art Steuerungsausschuß für den IWF" entwickelt, ist also direkt verantwortlich für die rigorose IWF-Politik gegenüber dem Trikont und Osteuropa.

Mit dem Verweis auf den Vorsitz im EG-Ministerrat gelangte Italien in den Teilnehmerkreis des 1. WWG. Zum 2. Gipfel nach Puerto Rico lud US-Präsident Ford den kanadischen Premier Trudeau eigenmächtig ein. Die illustre Siebener-Runde war komplett, weitere Interessenten (Niederlande, Belgien, Australien) blieben ausgeschlossen.

Gipfel-Themen

Auf dem 1. Gipfel in Rambouillot (Nov. 1975) stand die Währungspolitik im Mittelpunkt. Die USA befürworteten freie Wechselkurse (Floating), die französische Delegation forderte die Rückkehr zu festen Kursen. Im Abschlußkommuniqué ist von Währungsstabilität die Rede, praktisch blieb es beim Floating.

Gegenüber der OPEC agierten die Sieben gemeinsam: Verringerung der Ölimporte und weiterer Ausbau der Atomenergie mit dem strategischen Ziel, die Macht der OPEC zu brechen. Die Haltung diente zugleich als Exempel gegen alle Forderungen nach stabilen Rohstoffpreisen, besonders auch gegen die damals von Algerien verlangte "Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung": feste Preise für Waren und Rohstoffe, Ressourcentranfer von den reichen in arme Länder, Recht zur Enteignung ausländischer Investoren ohne Entschädigung, mehr Mitsprache bei IWF und Weltbank. Auch bei den folgenden Gipfeln standen wirtschaftliche Fragen obenan: Handelsfreiheit versus Beschränkungen, Inflation, Wechselkurse, Ölpreise, Klagen über japanische Exportoffensiven, die Verschuldung der Trikont-Staaten in den 80er Jahren - wobei die WWG jeweils die IWF-Politik bekräftigten.

Politische Themen im engeren Sinn gewannen mit der Zeit an Gewicht: Forderung nach Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan (Venedig 1980), Unterstützung der NATO-Raketenbeschlusses (Ottawa 1981).

Wegen des befürchteten wachsenden Einflusses der EurokommunistInnen vereinbarten die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, der BRD und USA während des WWG 1976 auf einem kleinen Separattreffen, Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der PCI keinen Währungsbeistand zu leisten. Bereits in Rambouillet hatten die übrigen Teilnehmer das Defizit der italienischen Staatsbetriebe und die "zu hohen", an den Lebenshaltungsindex gekoppelten Löhne kritisiert.

Die unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen der Führungsmächte kamen auf Weltwirtschaftsgipfeln immer wieder in heftigen Kontroversen zum Ausdruck.

US-Präsident Carter stritt mit Bundeskanzler Schmidt wegen der Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen durch deutsche Exportgeschäfte mit Brasilien und Pakistan. Die US-Administration konnte sich weder gegenüber den Atomexporteuren BRD und Frankreich durchsetzen, noch die Betriebsaufnahme einer japanischen WAA verhindern. Die gestoppte Lieferung von Uran aus den USA wurde wiederaufgenommen, lediglich eine Studie über die Atomwaffenverbreitung vereinbart.

Vergeblich versuchte die Reagan-Administration, auf den WWG Beschränkungen für den Ost-West-Handel (Erdgas-Röhrengeschäft, Cocom-Liste) durchzusetzen (Ottawa 1981). Erst auf dem WWG von Versailles 1982 gestand die BRD eine Erweiterung der Embargoliste um technisch hochwertige Güter, mit unter Umständen militärischer Bedeutung, zu.

Heftig kritisiert von den Partnern war in den 80er Jahren die Hochzinspolitik und das Haushaltsdefizit der USA. Mit Verschuldung und ausländischem Kapital finanzierten die "Reagonomics" wirtschaftliches Wachstum und Aufrüstung. Diese Politik sorgte weltweit für hohe Zinsen und trieb Trikont Staaten in "die Verschuldungskrise".

Eine neuartige Koalition trat auf dem WWG 1985 in Bonn in Erscheinung: Reagan und Kohl befürworteten gemeinsam das SDI-Projekt, während Mitterrand für ein europäisches Technologie- und Militärprojekt plädierte. Anschließend kam mit dem Besuch von Reagan und Kohl auf dem SS-Friedhof Bitburg die Entsorgung von Nazi-Verbrechen einen großen Schritt voran.

Stoff für permanente Gipfelkonflikte zwischen USA, Japan und EG liefern Exporte, Subventionen und Handelsbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte, Stahl und andere Güter.

Genützt wurden und werden die Gipfel auch zu publicityträchtigen Aktionen. Kohl brachte 1989 in Paris das Thema Regenwald ein, verbunden mit dem ökoimperialistischen "Schuldtitel gegen Naturschutz"-Konzept ("debt-for-nature-swaps"). Der Empörung über Waffenexporte trugen die größten Waffenexporteure in London 1991 Rechnung, indem sie ein Exportregister bei der UNO und "verbindliche" Exportrichtlinien forderten.

Gipfel-Zukunft

Mehr als vierzig Jahre lang einte die

westlichen Staaten der gemeinsame Feind Bolschewismus. Mit dem Wegfall dieser Klammer werden die gegensätzlichen Interessen der einzelnen kapitalistischen Metropolen verstärkt aufeinander treffen. Ob in dieser veränderten Situation Gremien wie der WWG eine Funktion - Interessensausgleich zwischen den größten Wirtschaftsmächten - behalten, oder auseinanderfallen, bleibt abzuwarten.

Die Einrichtung des WWG entsprach der gestiegenen ökonomischen und politischen Bedeutung der EG, insbesondere der BRD, sowie Japans, bei relativem Abstieg der USA. Der Aufstieg Deutschands zur Großmacht verändert erneut die Kräfteverhältnisse. Aufgrund ökonomischer Stärke hat Deutschland heute eine hegemoniale Stellung in Europa und damit erreicht, was militärisch in diesem Jahrhundert zweimal mißlang. Die BRD ist bemüht, diese Position militärisch mit Hilfe der deutsch-französischen Achse, in Osteuropa durch Neuordnung mit Hilfe alter Verbündeter (Kroatien, baltische Staaten) auszubauen.

Auf dem diesjährigen Gipfel in London stellte sich vor allem die französische Regierung den deutschen (und österreichischen) Neuordnungsplänen in Jugoslawien entgegen. Kommentar Genscher: "Der Kampf um Europa hat begonnen!" *pb*



Einladung der Anti-EG Gruppe Köln

Liebe Leute,
Die Auseinandersetzung mit der Konsolidierung des EG-Binnenmarktes soll einer der Schwerpunkte der Kampagne 92 sein. Leider ist es jedoch derjenige Punkt, der bei den Vorbereitungen bisher nur wenig Beachtung findet. Offensichtlich scheint es schwierig zu sein, einen Zusammenhang zwischen den Themenkomplexen 500 Jahre Conquista, der UNCED (Umweltkonferen in Brasilien), WWG(Weltwirtschaftsgipfel) und EG-Binnenmarkt herzustellen. Außerdem sind uns auch nur wenige Gruppen bekannt, die kontinuierlich am Thema EG arbeiten.
Daher haben wir uns überlegt, daß eine Verständigung mit anderen ganz sinnvoll sein könnte, und möchten alle Gruppen, bzw. Personen, die schwerpunktmäßig gegen die EG arbeiten oder gearbeitet haben, zu einem Treffen am

14./15. MÄRZ 1992
in der alten Feuerwache, melchiorstr.3 5000 Köln 1

einladen.

Das Treffen ist als Austausch über die momentane Arbeit, sowie die Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Gruppen gedacht. Zum anderen würden das Thema EG gerne stärker in die Aktivitäten gegen den WWG Juli 92 in München einbringen und deshalb mit euch gemeinsam überlegen - falls Interessen besteht - wie die EG-Problematik besser in die Mobilisierung und Aktionen eingebracht werden könnte.
Laßt uns bitte wissen ob ihr zu dem Treffen kommen könnt.
Viele liebe Grüße
die Anti-EG-Gruppe Köln
c/o Alte Feuerwache, Melchiorstr.9, 5000 Köln 1

"Die Bolschewiki hatten zwar eine Theorie der Machtübernahme, aber keine für den Aufbau des Sozialismus"

Interview mit Sergio Martinez, Aktivist der revolutionären Linken in Kolumbien

Sergio Martinez ist seit vielen Jahrzehnten in der revolutionären Linken Kolumbiens aktiv und gehörte in den 60ern und 70ern zur historischen Führung der guevaristischen ELN. Heute arbeitet Sergio halbklandestin in politischen Strukturen, ohne eindeutige "militancia" in einer der revolutionären Organisationen. Ende 1991 haben wir mit ihm über Sozialismuskritik, Aufbaumodelle, Cuba und den Zustand in der Linken in Kolumbien geredet.

Der Realsozialismus ist nach Jahrzehnten einer schlechten kachierten Krise nun völlig zusammengebrochen. Was sind deiner Meinung nach die entscheidenden Faktoren für seinen Untergang gewesen?

Ich glaube, die Art und Weise wie der Sozialismus aufgebaut wurde, war von Anbeginn an weit weg von dem, was eigentlich als Sozialismus zu bezeichnen wäre. Das hat viel mit dem Fehlen eines Konzepts durch die Bolschewiki zu tun. Die Bolschewiki übernahmen die Macht, ohne eine Theorie über die Führung eines Staates zu besitzen. Sie waren wagemutig und hatten eine Vorstellung davon, wie eine Machtübernahme auszusehen hätte, aber keine Ahnung davon, wie eine andere Gesellschaft aufzubauen ist. Und das auch noch in einem derart komplexen Land wie es Großrußland war, ein Imperium, das aus zahlreichen, völlig unterschiedlichen Nationen bestand.

Dazu kam, daß in Rußland die Leute, die sich auf der Straße befanden, also die Massen aus Bauern und Soldaten, vor allem gegen den Krieg kämpften und nicht für den Sozialismus. Für sie war der Gegner der Zarismus, der für die Unterdrückung ihrer Völker, den Krieg und die materielle Misere verantwortlich war, während die Eroberung des Sozialismus die Sache einer auserwählten Minderheit blieb.

Als es dann um den Aufbau ging, waren die Bolshewiki mit ihren 1917 -glaube ich- 4000 Mitgliedern völlig überfordert. Um das zu illustrieren: nach der Revolution wurde das Postministerium von einem Seemann übernommen, der nie etwas mit dem Postbetrieb zu tun gehabt hatte. Die Bolshewiki blieben daher vor allem in den großen Ministerien von den alten zaristischen Bürokratien abhängig, die nahtlos übernommen wurden. Ein anderes, ein in seinem Wesen wirklich neuartiges Aufbau- und Industrialisierungsmodell wurde dadurch unmöglich.

Und schließlich ist natürlich auch zu erwähnen, daß die Krise in jenen Jahren unvorstellbar erdrückend war: ab 1919 führten 20 Länder Krieg gegen die Festigung der neuen Macht in Rußland, die Wirtschaft lag völlig am Boden, es war schwer gefallen, den Weltkrieg zu beenden und dadurch zu internen Spaltungen gekommen...

Aber daß revolutionäre Bewegungen nur in Ausnahmesituationen, in schweren Krisenmomenten und mit dem völligen Zerfall des alten Staates an die Macht kommen können, ist ja wohl unvermeidbar, und daß es danach Angriffe des Gegners geben wird, auch kaum zu lamentieren...

Ja sicher, aber sie müssen und können sich auf diese Situation vorbereiten. Um das für die Bolschewiki noch einmal zusammenzufassen: sie waren zum einen keine in den Massen verankerte Organisation. Ihr Kampf für den Sozialismus wurde von den Massen, die sich für "Brot, Frieden und Land" mobilisierten, nicht mitgetragen. Zum zweiten hatten sie zwar eine Theorie der Machtübernahme, aber keine für den Aufbau des Sozialismus, für die Verwaltung des Staates, für den Übergang von einem Staat der Bourgeoisie zu einem neuen Staatsgebilde. Das war damals nicht klar, und das ist auch heute noch nicht klar. Für mich sind es die Grundfehler, die langsam zu dem geführt haben, was jetzt passiert ist.

Würdest du trotzdem an Lenin festhalten?

Ich würde an einigen Ansichten Lenins für seine Zeit und sein Land festhalten. Was Lenin wirklich auszeichnet, ist seine Fähigkeit, sich neuen Bedingungen anzupassen. In den Jahren 1917-22 ändert sich Lenin mehrmals. Ich halte das für eine ganz wichtige Eigenschaft eines Revolutionärs.

Womit ich nicht einverstanden wäre, ist die Form wie Lenin die Partei der Avantgarde konzipiert hat: als die Partei der Arbeiter, die alleine den gesellschaftlichen Prozeß lenkt; als eine stark zentralisierte Partei, in der alle Entscheidungen an einer Stelle getroffen werden usw.

Heute werden alle Fehler Stalin angelastet, aber ich glaube, daß Stalin viele Fehler geerbt hat. Wenn ich mich nicht irre, hat Lenin selbst anläßlich des Putschversuchs 1922 das Fraktionsverbot in der Partei vorangetrieben. Damals werden verschiedene linke Strömungen aus den Bolschewiki ausgeschlossen, wodurch eine monolithische Partei ohne Meinungsunterschiede und Diskussionen geschaffen wird. Andere linke, revolutionäre Bolschewiki werden gezwungen, ihre Kritik von außen zu formulieren und damit faktisch zu Gegnern gemacht. Einen kritischen Prozeß der Veränderung kann es damit nicht mehr geben.

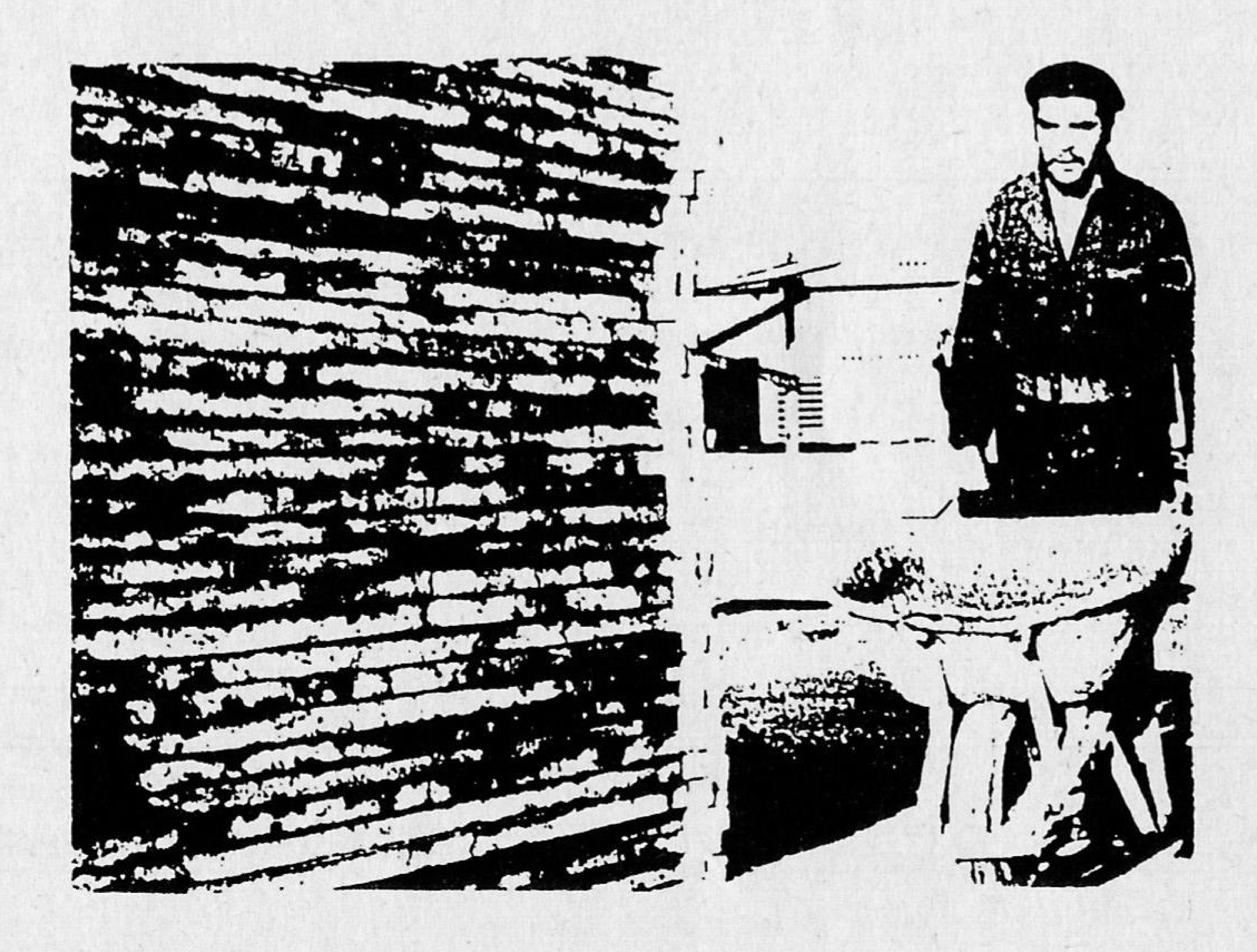
Du hast in den 60ern auch lange Zeit auf Cuba verbracht. Welche Einschätzung hast du von den Fehlern, die auf der Insel gemacht worden sind? Du hast unter anderem gesagt, Cuba sei nach wie vor in vieler Hinsicht eine Kopie der realsozialistischen Staaten.

Ich haben kein geschlossenes Bild, aber ich finde zunächst einmal wichtig anzuerkennen, welch wichtigen Beitrag die cubanische Revolution für die lateinamerikanische revolutionäre Bewegung geleistet hat.

Zum einen hat sie gezeigt, daß es keine Partei, sondern auch eine Bewegung sein kann, die den Prozeß anführt. Zweitens daß die Bewegung sich nicht notwendigerweise auf marxistisch-leninistisches Gedankengut stützen muß. Drittens, daß die Revolution Ergebnis der Kombination der Kampfformen bewaffneter Kampf, Massenwiderstand und Aufstandsbewegung sein kann. Und viertens, daß dieser Prozeß in sehr kurzer Zeit durchlaufen werden kann, wenn es gleichzeitig einen Angriff auf die wichtigsten Sektoren der Bourgeoisie gibt. Bis dahin hatte ja die Meinung vorgeherrscht, daß auf dem Weg zur sozialistischen Revolution zwangsläufig die Phase der bürgerlich-demokratischen Revolution durchlaufen werden müsse, also ein Bündnis mit der Bourgeoisie geschlossen werden muß. Cuba dagegen hat gezeigt, daß es ohne Zwischenschritt möglich ist, von der antiimperialistisch-nationalistischen Revolution, die sich auf die Volksmassen stützt, zur sozialistischen überzugehen.

Das unbegreifbare Problem Cubas ist jetzt, daß die Führer der cubanischen Revolution kurze Zeit später entschieden haben, sich "Kommunisten" und "Marxisten-Leninisten" zu nennen, womit sie die Möglichkeit verbauten, ein revolutionäres lateinamerikanisches Denken zu entwickeln, das sich sowohl auf Marx und Lenin als auch auf andere revolutionäre Strömungen stützt.

In diesem Zusammenhang muß man daran erinnern, daß die lateinamerikanischen KPs entschiedene Gegner des cubanischen Prozesses waren und seine wichtigsten Persönlichkeiten wie den Che und Fi-



der ganzen Welt, aber vor allem in Lateinamerika führt, und zwar um die Eliminierung jeder Form von bewaffnetem Kampf. Ganz besonders die Sozialdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt, jede außerlegale Alternative zu ihr zu beseitigen, und in dieser Hinsicht ist Kolumbien entscheidend, denn in keinem lateinamerikanischen Land hält sich der bewaffnete Kampf seit über 40 Jahren so hartnäckig wie dort.

Welche Rolle spielt die M-19 darin?

Das Abkommen mit der M-19 und später auch mit anderen Kräften (3) hat einen großen Erfolg für die Bourgeoisie bedeutet. Die desmobilisierten Kräfte haben sich nämlich nicht wie man gehofft hatte, in einen revolutionären oppositionellen Block verwandelt, der den legalen Raum für die revolutionäre Bewegung ausnutzt, sondern sie sind im herrschenden System aufgegangen, sie haben sich integriert. Für die Sozialdemokratie war das ein außerordentlich gutes Ergebnis, ein Modell für ganz Lateinamerika, das zeigen soll: der bewaffnete Kampf ist am Ende, politische Verhandlungen und faktische Unterordnung der revolutionären Kräfte sind die einzige Lösung.

Wird sich das in Caracas wiederholen? Ich meine, die CGSB ist zwar nicht bereit den gleichen Weg wie die M-19 zu gehen, aber bei etwas mehr Zugständnissen der Regierung, wäre da nicht auch in Caracas ein Desmobilisierungsprozeß denkbar?

Ich glaube, daß die Ausgangspositionen in Caracas sehr verschieden sind. Die Kräfte der CGSB- die FARC, die ELN und die kleine EPL, von der ich glaube, daß sie in der nächsten Zeit aufgrund der inneren Krise innerhalb ihres desmobilisierten Sektors (4) wieder wachsen kann-, eine viel genauere Analyse der Situation besitzen als es beispielsweise die M-19 getan hat.

Die CGSB weiß sehr gut, welche Rolle die M-19 spielen soll, und wollen wie du schon gesagt hast, ihren Weg nicht wiederholen. Der Führer der M-19, Navarro Wolff, ist z.B vor einigen Monaten nach Caracas gefahren, um dort mit den Comandantes der CGSB zu reden. Er wurde nicht einmal empfangen.

Die Verhandlungen, die seit Juni 1991 laufen, sind tatsächlich sehr verschieden von jenen, die mit der M-19 un einem Teil der EPL geführt worden sind. Während damals die Probleme der Guerilla im Mittelpunkt standen, geht es diesmal um die sozialen Ursachen des bewaffneten Kampfs. Die CGSB will keine Bodentitel für ihre Combatientes, und auch keine Senatssitze. Sie verhandelt nicht als geschlagen Organisation, sondern als ein politischer Faktor, den es in weiten Teilen des Landes gibt.

Trotzdem sieht es für die Linke nicht gerade gut aus. Zumindest auf politischem Terrain ist sie nun wirklich nicht in der Offensive. Welche Perspektive hat sie mittelfristig überhaupt noch?

Es ist natürlich ein schwieriger Moment. Aber trotz der weitreichenden Debatte, herrscht bei den Führungen der revolutionären Organisationen und in weiten Bevölkerungsteilen Klarheit darüber, daß es ohne eine Polarisierung der Gesellschaft und ohne eine Schwächung des Staatsapparats keine Machtübernahme, und das heißt auch keine grundlegenden Veränderungen geben wird.

Es gibt wie gesagt eine schlimme Krise, was bei den Verschiebungen in der Welt kein Wunder ist. Die legale Linke existiert praktisch nicht mehr, und beim Kongreß der KP im August 91 hat sich gezeigt, daß es sowohl innerhalb der FARC als auch in der Partei grundlegende Diskrepanzen gibt. Die Auseinandersetzungen in der ELN haben bekanntlich zur Abspaltung einer "Strömung der sozialistischen Erneuerung" geführt.

Es gibt die Krise, aber bei den heutigen Bedingungen nach dem Wegfall des Realsozialismus und den Veränderungen in Kolumbien selbst, wäre alles andere auch verwunderlich. Ich glaube, es ist auch wichtig zu berücksichtigen, daß Krisen ganz verschiedener Natur sein können. Die Auseinandersetzungen darüber, warum man nicht gewachsen ist, warum sich das Land noch immer in der gleichen Periode wie vor 10 Jahren befindet, sind notwendig. Das ist eine produktive Krise. Es gibt auch welche, die zur Liquidierung eines Projekts führen können. Das ist zu fürchten, nicht aber die Krise als solche.

Das entscheidende Problem ist im Augenblick in Kolumbien wahrscheinlich der fehlende Protagonismus der Massen, das Fehlen einer aktiven und selbständigen Massenbewegung.

Das ist bestimmt das größte Problem, aber auch nicht ganz so eindeutig, wie du gerade gesagt hast. Vor kurzer Zeit gab es im Cauca, einem Department im Südwesten, Mobilisierungen mit 30.000 BäuerInnen, die die Straßen blockiert haben. Ich bin mir auch sicher, daß es mit den neoliberalen Wirtschaftsmaßnahmen wieder Massenkämpfe geben wird. Daran habe ich keinen Zweifel. Die Frage wird nur sein, welche Rolle die Organisationen darin spielen werden und welchen Grad von Politisierung die Kämpfe erreichen.

Bei den FARC ist das schwerer zu sagen, weil sie über die KP seit Jahrzehnten eine Arbeit in den Städten besitzen. Dagegen ist es bei der ELN eindeutig und bekannt, daß ihr der Einfluß in den Städten fehlt, daß beispielsweise ihre Sabotageaktionen gegen die Ölpipelines nicht verstanden wurden, weil die Organisation nicht die politischen Strukturen hat, um sich zu vermitteln. Was nicht in Sicht ist, sind mit den revolutionären Organisationen verbundene Massenkämpfe, und das ist das eigentliche Problem.

Bleiben wir bei der ELN. Der Bruch der Organisation ist inzwischen öffentlich, es gibt wieder die alte ELN und daneben eine »Strömung der sozialistischen Erneuerung«. Um was geht es bei der Spaltung?

Es gibt in der ELN schon lange eine Diskussion darüber, ob Stadt oder Land, politischer oder militärischer Kampf die Priorität haben sollen. Ich glaube, daß es in dieser Diskussion eine Verwirrung gibt, und zwar in der Hinsicht, daß einige den militärischen Kampf nicht für politisch halten.

Was in der Organisation also passiert, hat mit einem Problem zu tun, das es in ganz Lateinamerika gibt, nämlich wie bewaffnete Organisationen Massenarbeit in den Städten machen können. Die ungelöste Frage lautet, ob die bewaffneten Organisationen bewaffnet in den Städten präsent sein müssen, oder ob sie es auch anders können, ob es eine kleine bewaffnete Präsenz sein kann, die von einer politischen und sozialen begleitet wird. Beispielsweise also, wie der Kampf der Bevölkerung ggegen die Grundstücksspekulanten organisiert, angeführt und zum Erfolg gebracht wird. Genau diese Frage, wie die ELN ihr ländliches Gesicht verlieren und sich in den Städten verankern kann, hat zur Spaltung geführt.

Das Problem wird von allen anerkannt, aber einige denken, und das war der Grund für die Spaltung, daß Politik gleichzusetzen ist mit Beteiligung an Wahlen, und daß das Politische das Militärische zurückdrängen muß. Wenn man wie die »Strömung« glaubt, daß dieser Moment der »der Politik und nicht des Krieges« ist, dann heißt das eben auch militärische Aktionen aufzugeben bzw. weit zurückzustellen. Daneben gibt es den anderen Sektor, der von der Mehrheit getragen wird und der glaubt, daß Politik entwickelt werden kann, ohne militärisch zurückzustecken, daß Politik nicht unbedingt legal sein muß - was auch nicht heißen soll, daß sie unbedingt klandestin sein muß - und daß Politik nicht unbedingt das ist, was Bourgoisie oder auch die Linke als solche verstehen.

Aber in dem Dokument der »Strömung der sozialistischen Erneuerung«, dieser legalistischeren Kraft, gibt es auch andere Tendenzen, z.B. was die Stimulierung von direkten Massenaktionen betrifft. Ich weiß gar nicht, ob es gerecht ist, von einer vorrangig legalistischen Kraft zu reden.

Ich glaube auch nicht, daß es richtig wäre, die »Ströumung« dadurch zu charakterisieren. Sie ist eine heterogene Kraft von verschiedensten

del als "kleinbürgerliche Terroristen" bezeichneten. Das Problem der KPs war einfach, daß es auf Cuba keine alleinführende Partei gab, und daß insgesamt die Entwicklung nicht ihrem Modell entsprach.
Nach der Revolution wurde der wachsende Einfluß der alten KP-Führung nicht mit Wohlwollen aufgenommen. Ich erinnere mich daran, daß wenn alte Führer der KP auftauchten, z.B Blas Rocas, daß die Leute sie dann ausbuhten. Das war kein Antikommunismus, sondern eine Ablehnung der bürokratischen Methoden dieser kleinen Schicht von KP-Funktionären.
Mit der Krise um die sowjetischen Waffen 1962 und der wachsenden Zahl von Beratern aus Osteuropa setzte sich schließlich die KP-Linie mit ihrem bürokratischen Modell durch und es kam zur totalen Durchzentralisierung des Landes wie in der UdSSR.

Aber was hat dieser Erfolg der alten KPs mit den konkreten Fehlern beim Aufbau zu tun, also z.B mit der Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie, die dazu geführt hat, daß Cuba heute AKWs baut, aber immer noch keine eigene Zahnpasta produzieren kann.

Es hat insofern miteinander zu tun, als die kubanische KP wie in der UdSSR die Entwicklung der kleineren und mittleren Industrie zugunsten der Schwerindustrie aufgibt, d.h die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung müssen zurücktreten. Dieser Fehler erklärt sich aus der Theorie des traditionellen Marxismus, nach dem jedes Land zur Erringung seiner Unabhängigkeit, aber auch für seinen gesellschaftlichen Prozeß -das Industrieproletariat ist ja nach dieser Vorstellung die treibende gesellschaftliche Kraft- vor allem eine eigene Schwerindustrie benötigt. Die kubanische KP übernimmt dieses Konzept kritiklos aus der SU und besitzt nicht das Geschick die Entwicklung der Leichtindustrie, die die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könnte, mit längerfristigen Projekten zu kombinieren.
Dabei gab es auch andere Modelle wie z.B in China, wo die Kleinindustrie im Mittelpunkt des Industrialisierungsprojektes stand. Dort wurde es so weit getrieben, daß man sogar anfing, Stahl in kleinen Hochöfen auf dem Land zu kochen. Das war sicher eine Übertreibung, aber es gab auch andere, sehr sinnvolle Ansätze, z.B die Produktion von Seife und Medikamenten in kleinen Laboratorien, die Einrichtung von kleinen Bäckereien und Mechanikerwerkstätten, also eine Dezentralisierung der Industrie.
In Cuba hat man sich um diese Bedarfsgüter viel zu wenig gekümmert und das führte in den 60ern dann auch zu schlimmen Versorgungsengpässen. Die Bevölkerung hat diese Opfer hingenommen, weil der Druck der USA so groß war. Ich weiß noch, daß damals, Anfang und Mitte der 60er Jahre, die Kriegsschiffe der USA bis auf Sichtweite vor der Bucht von La Habana lagen. Das hat die Bevölkerung mobilisiert.
Aber wie gesagt gab es enorme Fehler beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Cuba, u.a bei der Verstaatlichung der Kleinunternehmen, wo wirklich jeder Kleinstbetrieb unter Staatskontrolle gestellt wurde, vom Friseurladen über die Schusterwerkstatt bis zu Klempnerei. Dadurch kam in jeder Werkstatt. wo ein oder zwei Personen arbeiteten, noch ein Inspektor zum Überwachen dazu, und das in einem Bereich der Individualwirtschaft, die der Entwicklung des Sozialismus überhaupt nicht im Weg steht.

Aber das hört sich stark nach "gemischter Wirtschaft" an. Das verwundert mich ein bißchen, weil du in einem Gespräch das nicaraguanische Modell scharf verurteilt hast. Du hast gesagt, daß in Nicaragua schon 1983 klar war, daß die Revolution nicht mehr sei als eine bürgerlich-antiimperialistische Revolution mit volksnahen Tendenzen.

Aber das sind zwei sehr verschiedene Sachen. Denn auch wenn es in Cuba noch lange Privatbesitz an Boden, sogar relativ großen Grundbesitz, und einen Bauernverband gab, so hat es die cubanische Regierung doch zu verhindern verstanden, daß aus diesem Privatbesitz kapitalistische Akkumulation erwuchs. Dieser Privatbesitz war genau wie die Werkstätten, die die unmittelbaren Bedürfnisse der Leute befriedigen, keine Quelle der Kapitalakkumulation.
In Nicaragua war das anders. Mit dem Erdbeben 1972 gab es eine Fraktionierung der nicaraguanischen Bourgeoisie, die in 3 Blöcke zerfiel. Der wichtigste und vorherrschende davon war der somozistische, die anderen beiden sahen sich von diesem bedroht.
Der Hauptangriff in der nicaraguanischen Revolution richtet sich dann auch gegen diesen Sektor der Bourgeoisie, den somozistischen, während die anderen beiden nicht angetastet werden, ja es bleibt sogar ein kleiner Teil der somozistischen Bourgeoisie nach der Machtübernahme im Lande.
Die sandinistischen Maßnahmen richten sich nicht gegen die Großbourgeoisie, die weiterhin die kapitalschaffende Industrie in ihren Händen hält. Im Gegenteil sie stärkt sie sogar.

Was wäre dann dein Aufbaumodell für Kolumbien oder die anderen lateinamerikanischen Länder?

Das kann ich so klar nicht sagen. Ich glaube, daß wenn wir uns auf einen Weg in Richtung Sozialismus begeben wollen, daß dann zunächst Voraussetzung sein muß, eine breite, von verschiedenen Kräften gebildete und in den Massen verankerte Regierung zu bilden, die von Anfang Maßnahmen ergreift, die die mächtigsten Sektoren der Wirtschaft schwächen und zum Verschwinden bringen, und gleichezeitig das Entstehen von kollektivierten Formen des Eigentums fördern. Dabei denke ich vor allem an Kooperativen, in denen sich die Kooperativisten ihre Produktion und den Vertrieb selber verwalten und organisieren. Daneben eine nationale Kontrolle der Schlüsselindustrien und für eine längere Übergangszeit auch kleines Privateigentum. Ich wäre also für ein dezentralisierteres Modell als in Cuba und ein viel entschlossener die Bourgeoisie bekämpfendes als in Nicaragua. Ganz grundsätzlich gesagt aber müssen wir viele Dinge wiederentdecken.

Nämlich?...

Wir müssen viel stärker als bisher berücksichtigen, in welchen Gesellschaften wir uns eigenlich befinden. Es gibt in Lateinamerika z.B Länder starker indianischer Bevölkerung wie Peru, Guatemala, Bolivien oder Ecuador; diese Bevölkerungen haben ihre eigenen Kulturen und wirtschaftliche Strukturen. Oder aber Brasilien, das ein riesiges Land mit ausgesprochen stark industrialisierten Regionen ist, den europäischeren Süden usw.
Eine Regierung hin zum Sozialismus muß diese Begebenheiten zur Grundlage ihres Aufbaumodells machen, und zwar sehr viel mehr als bisher.

Aber dieser gute Vorsatz ist ja nicht neu und es gab auch ganz gewaltige Unterschiede in den verschiedenen Ländern: die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien z.B, die dezentrale Industrialisierung in China oder die Besonderheiten Cubas...

Ich glaube trotzdem, daß vor allem eins gescheitert ist, nämlich das sowjetische Aufbaumodell,-das der zentralen Planung, des allmächtigen Staates, der alle Eigeninitiative verhindert, der führenden, einzigen Partei, der Priorität der Schwerindustrie über die Leichtindustrie, die der Stadt über das Land usw. Diese Vorstellungen sind gescheitert, und trotz der Entwicklungen in Jugoslawien oder China bleibt vieles an der Kritik dieser Länder von früher an der SU richtig.
Zum anderen haben sich aber auch jene Länder in vielem nicht so sehr von der UdSSR und ihrem Modell unterschieden: z.B was die führende Partei der Arbeiterklasse angeht, den Bürokratismus, den Zentralismus in seinen verschiedenen Ausformungen.

Auf der anderen Seite finde ich es aber auch wichtig bestimmte Errungenschaften des Sozialismus anzuerkennen, beispielsweise in Cuba: die große Solidarität der Bevölkerung, der schwächer ausgeprägte Individualismus und Konsumismus, die Versorgung der Bevölkerung, die Möglichkeiten bei Ausbildung usw. sind Dinge,. die du sonst in den Ländern des Südens nicht finden wirst.

Kommen wir zur aktuellen Situation in Kolumbien. In dem komplexen Panorama deines Landes sind im Augenblick vor allem zwei Dinge wichtig. Einmal die Verhandlungen zwischen der Guerillakoordination Simon Bolivar (CGSB) (1) und der liberalen Regierung Gaviria in Caracas. Und zum anderen die neue Verfassung, die begleitet worden ist von dem Entstehen einer neuen politischen Kraft, der sozialdemokratischen M-19, und im im Zusammenhang mit den grundsätzlichen "Modernisierungs"bemühungen der kolumbianischen Oligarchie zu sehen ist.

Also das, was zu zuletzt erwähnt hast, würde ich als erstes nennen. Diese neue, erst vor kurzem in Kraft getretene Verfassung hat das politische System in Kolumbien verjüngt, ohne die Machtverhältnisse zu verändern. In vielem ist die neue Verfassung sogar noch rückschrittlicher als die alte, denn sie ist ungenauer und daher leichter durch die Bourgeoisie zu manipulieren. Die entscheidenden, konkreten Gesetze müssen auch erst noch verabschiedet werden und zwar von dem am 27.Oktober gewählten Kongreß. Da die Rechte dort die Mehrheit hat, werden auch die Gesetze entsprechend sein.
Zur M-19 ist zu sagen, daß sie die neoliberale Wirtschaftspolitik voll mitträgt und sich in ihrem Programm in nichts von den großen Parteien (2)unterscheidet. Die ganzen publikumswirksamen Reformen und Neuerungen im politischen System Kolumbiens sind daher zwar im Kampf um die öffentliche Meinung wichtig, aber sie bedeuten in keinster Weise reelle Veränderungen. Sie sind ganz im Gegenteil notwendige Grundlage für die Bevölkerungsfeindliche, neoliberale Wirtschaftspolitik.
In diesem Zusammenhang muß man jetzt die Verhandlungen in Caracas sehen. Dort geht es für die Bourgeoisie um einen Kampf, den sie in

Sektoren, interssanterweise vor allem städtischen, die mit der Führung der Organisation unzufrieden sind. Es gibt mit Sicherheit in ihr viele Leute, die ehrlich darüber nachdenken, wie man zu Massenaktionen und städtischer Präsenz kommen kann, ohne das bewaffnete Potential aufzugeben. Aber es gibt eben auch andere, die für einen legalistischen Kurs und eine Demobilisierung plädieren. Deswegen hoffe ich, daß es zu einer Klärung kommt, in der sich die Revolutionäre durchsetzen und ein Abkommen zwischen ihnen und der Mutterorganisation ELN wieder möglich wird. Der Prozieß ist ja nicht neu für die ELN. Schon 1976/77 gab es mit dem »Replanteamiento« eine ähnliche Opposition in der Organisation, die gegen den Vertikalismus (hierarchische Entscheidungsstrukturen), gegen die Unterbewertung der städtischen Arbeit und eine Art des »Campesinismo« (Bauerntümelei), auch wenn mir das Wort nicht gefällt, anging.
Diese Opposition hat auch, obwohl es auch in ihr starke nicht-revolutionäre Kräfte gab, Positives bewirkt. Die Selbstkritik der Organisation. Diesmal muß es etwas Ähnliches geben, mit dem Unterschied, daß die Diskussion diesmal offen vor der Bevölkerung geführt werden muß. Bisher hat sich die Organisation immer nur intern kritisiert, jetzt sollten die Massen beteiligt werden.

Welche Folgen wird die Spaltung für die Linke haben?

Die ganze Situation der Linken, die Demobilisierungen, die Schwierigkeiten der KP und der UP haben zu einer Demoralisierung und zu Verwirrung geführt, was die Bourgeosie natürlich propagandistisch ausnutzt. Die Krise der ELN wird diese Stimmung gerade in den konsequentesten Teilen der Massen noch verstärken. Die Spaltung ist deshalb natürlich sehr schmerzlich.

... aber notwendig...

Klar. Wenn die Bedingungen so sind, muß die Krise ausbrechen und die Bedingungen, die sie hervorriefen, analysiert werden. Das ist Teil der Geschichte der Menschheit sowie die der revolutionären Organisationen.

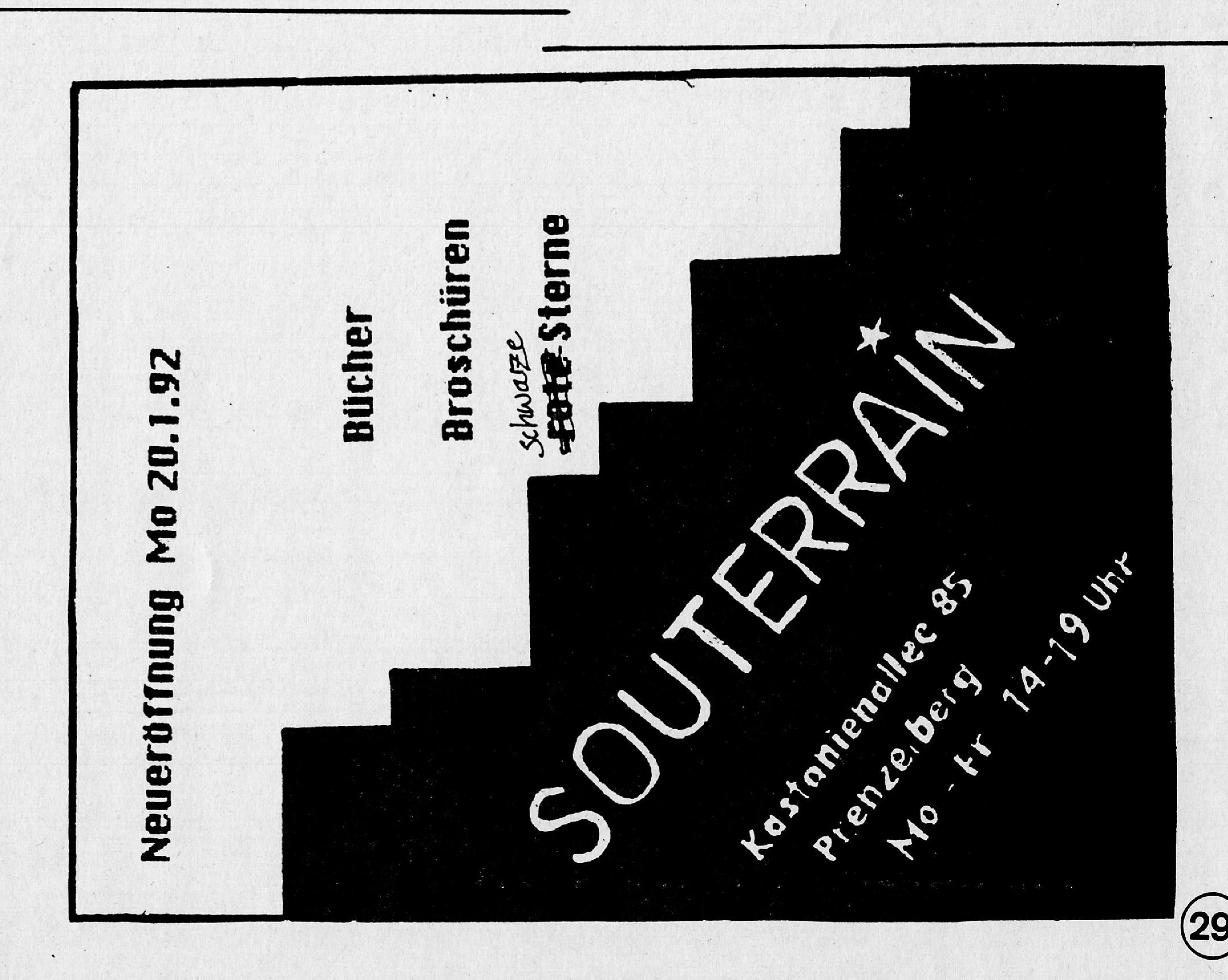
Letzte Frage. Die Linke in ganz Lateinamerika ist in der Krise. Angefangen mit der El Salvadors, wo es nicht die Veränderungen geben wird, auf die gehofft wurde, über Brasilien, wo die PT mit ihrem an Wahlen orientierten, legalistischen Konzept auch keine echte Perspektive aufzeigt, bis hin zur verlängerten Krise in Kuba. In welchem Land und für wann ist eigentlich damit zu rechnen, daß die Linke wieder aus der defensive herauskommt?

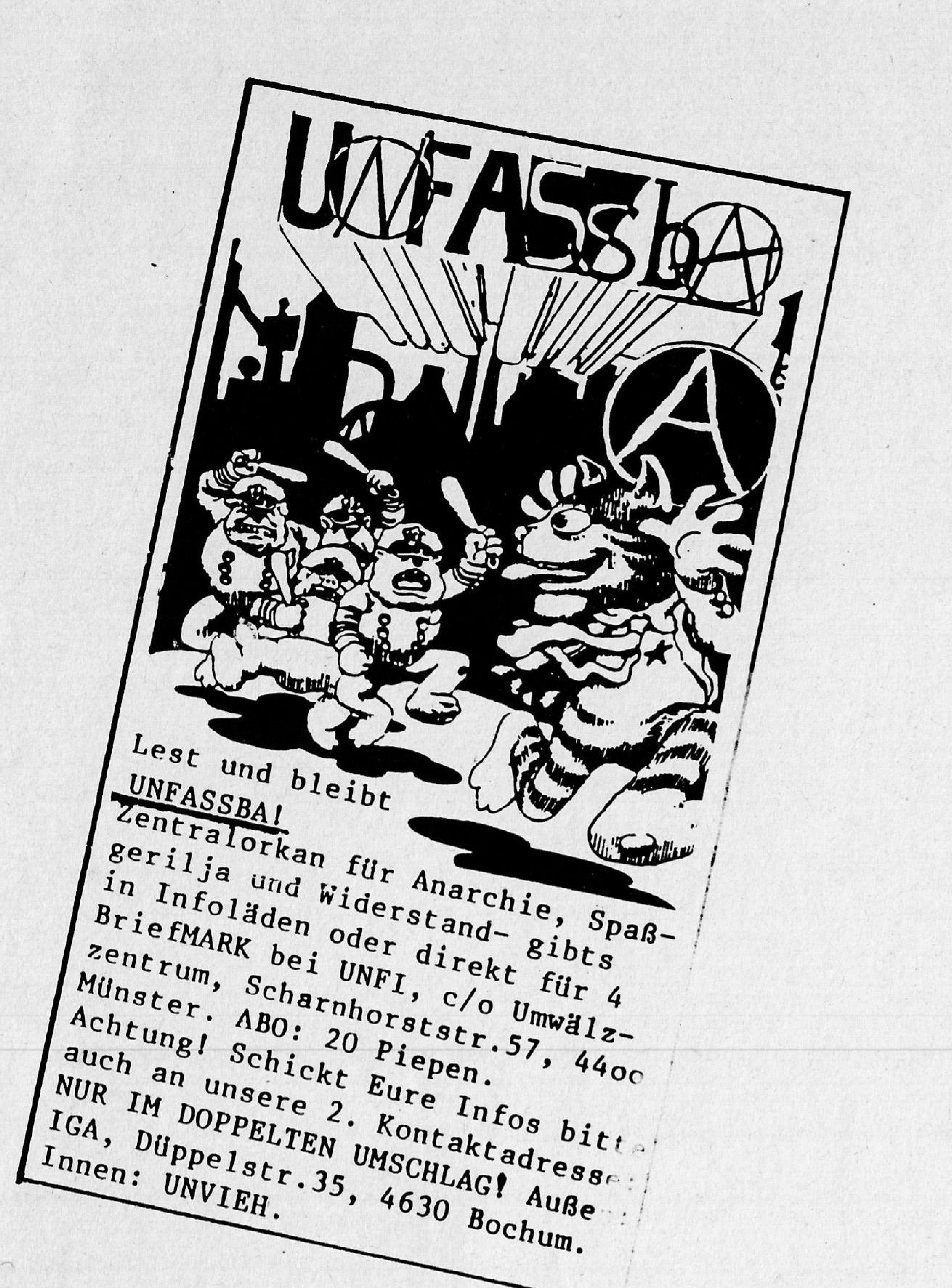
Schwer zu sagen. Die Massenbewegungen auf dem Kontinent sind auf dem Rückzug und das Fehlen von im Volk verankerten, konsequenten und im Ausland wahrnehmbaren revolutionären Organisationen macht sich über all bemerkbar. Mittelfristig sind substanzielle Veränderungen nicht absehbar. Aber was können wir schon prophezeien? Massenrevolten sind unberechenbar. Mit dem Caracazo hat niemand gerechnet, die Plünderungen in Argentinien waren unvorhergesehen in meinem eigenen Land gibt es jede Woche überrraschende Ereignisse in den verschiedenen Regionen. Es läßt sich nichts vorhersehen.

Fußnoten

1 Coordinadora Guerrillera Simon Bolivar: 1987 gegründeter Zusammenschluß der Guerillaorganisationen, dem heute noch drei Gruppen angehören: die der KP nahestehenden "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" FARC, das aus GuevaristInnen, linken MarxistInnen und Befreiungschristen bestehende "Nationale Befreiungsheer" ELN und die nicht-desmobilisierte Teil des "Volksbefreiungsheers" EPL. Insgesamt zählt die CGSB etwa 12.000 Menschen unter Waffen.
2 Kolumbien wird seit 150 Jahren von zwei großen und völlig korrumpierten Parteien regiert: Liberale und Konservative
3 Von den ehemals 6 Organisation haben sich die 4 kleinen 1990 und 91 zum Teil legalisiert. Diese Desmobilisierung, aus der die sozialdemokratische "Demokratische Allianz- M-19" hervorging, hat den militärischen Radius der CGSB zwar kaum beeinträchtigt, ihr aber enormen politischen Schaden zugefügt.
4 Der legalisierte Teil der EPL, der bei den vergangenen Wahlen gemeinsam mit der »Demokratischen Allianz M19« antrat, befindet sich im Augenblick in einer schweren Krise, weil die Regierung ihre Vereinbarungen mit der Führung der Organisation nicht einhält. So haben die demobilisierten Guerilleros weder die versprochenen Landtitel erhalten, noch wird ihr Leben vor den (Para-)Militärs geschützt. Zahlreiche Guerilleros sind deshalb in den letzten Wochen in die Illegalität zurückgekehrt.

Dieses Interview wurde von Leuten der Gruppe "Für eine linke Strömung" (FELS) aus Berlin geführt.





CIAO + VENCEREMOS!

Freiheit für Ralf und Knud!

Nächste Knastkundgebung in Itzehoe am 26.1.
Prozeßbeginn am 27.1.

Soligruppe Ralf+Knud
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstraße 15
2000 Hamburg 36

KINO IM KOB

DI 21.1.	20.30	Abraham ein Versuch + Nacht und Nebel
MI 22.1.	22.30	Abraham ein Versuch + Nacht und Nebel
DI 28.1.	20.30	Die Mittlaeufer
	22.30	Nachrede auf Klara Heidebreck
MI 29.1.	20.30	Nachrede auf Klara Heidebreck
	22.30	Die Mittlaeufer
DI 4.2.	20.30	Unversoehnliche Erinnerungen
	22.30	Es herrscht Ruhe im Land
MI 5.2.	20.30	Es herrscht Ruhe im Land
	22.30	Unversoehnliche Erinnerungen
MO 10.2.	20.30	Dokumentarfilme aus den USA
	22.30	Kamera in der Fabrik
DI 11.2.	20.30	Kamera in der Fabrik
	22.30	Dokumentarfilme aus den USA

EL LOCCO:

Ab 21.01. auch wieder Dienstags ab 19.00 Uhr offen

Programmübersicht

Do. 16.01.	Disk.	Frauen und Kolonial.	17.00 Uhr ♀
Do. 16.01.	Info	Rosa Luxemburg.....	19.00 Uhr ♀
Fr. 17.01.	Film	Artisten in der Zi.	18.00 Uhr
Fr. 17.01.	Film	Rosa Luxemburg.....	21.00 Uhr
Sa. 18.01.	Lesung	Engel mit einem Fl.	18.00 Uhr
Sa. 18.01	Video	Engel mit einem Fl.	20.00 Uhr
So. 19.01.	Info	Kollaps der Moderne	18.00 Uhr
So. 19.01.	Film	Artisten in der Zi.	21.00 Uhr
Mi. 22.01.	Disk.	Halt! Mittwoch!	20.00 Uhr
Do. 23.01.	Cafe	nur für Frauen/Lesb.	16.00 Uhr ♀
Do. 23.01.	Info	Clara Thalmann.....	19.00 Uhr ♀
Fr. 24.01.	Video	Maschinensturm.....	18.00 Uhr
Fr. 24.01	Video	Moderne Zeiten.....	21.00 Uhr
Sa. 25.01.	Info	Frauen im span. Bü.	18.00 Uhr ♀
Sa. 25.01.	Video	de toda la vida...	21.00 Uhr ♀
So. 26.01.	Video	de toda la vida....	18.00 Uhr
So. 26.01.	Video	Die lange Hoffnung.	21.00 Uhr
Di. 28.01.	Seminar	Anarchismus heute	19.00 Uhr
Mi. 29.01.	Disk.	Halt! Mittwoch!....	20.00 Uhr
Do. 30.01.	Disk.	Frauen im Kolonial.	17.00 Uhr ♀
Do. 30.01.	Info	Bettina von Arnim..	19.00 Uhr ♀
Fr. 31.01.	Video	Maschinenträume....	18.00 Uhr
Fr. 31.01.	Info	Mensch und Maschine	21.00 Uhr



Ist diese Linke wirklich noch das Rechte?!



do. 16.1.
-1930 Galerie Olga Benario
Weserstr.5 1/44
Filme: "Die Novemberrevolution"
+ Matrosenaufstand
-21.30 Rigaerstr.84
Film: "Die neue Weltordnung"

21.00 HIP-HOP-Disco i.d.
Villa Eckertstein,
Berlinerstr.
Straußberg

fr. 17.1.
Rigaerstr.84
Film: "Nach dem chirurgischen Eingriff"
17.1.-19.1.
WWG-Treffen im KOMM in Nürnberg

sa. 18.1.
ab 22.00 Solifete mit dem AJZ in
Bielefeld in der SFE
Gneisenaustr.2a 1/61

so. 19.1.
20.00 Yorckstr.59 1/61
Filme: "Okanada" +
"As long as the river flows"

do. 23.1.
19.30 Galerie Olga Benario
Filme: "Wie der Arbeiter lebt" +
"Frauen im Krieg"

fr. 24.1.
18.00 Straße d. 17.Juni
TU-Mathegebäude Raum 002
Veranstaltung: Vom Guerillakampf zum Aufbau
der Volksmacht in Kurdistan

Vorankündigung:
SYNDIKAT - Kiezdisco
sa. 25.1 ab 22.00
i.d. SFE

Ein strammer Schnurrbart
ist der Stolz jedes Jünglings.
Ohne Schnurrbart kein Kuss!
Türkischer
Bartwuchs-Balsam.
Schnell, sicher. Dose Mk. 2.50.
Paul Bosse, Berlin W. 30. Winterfeldplatz.

Bild auf der Vorderseite ist von

Otto Dix

36 **Sturmtruppe geht unter Gas vor**
1924
Blatt II aus der 2. Mappe »Krieg«
Radierung
Karsch 81
24/70
35,3 x 47,5 cm

die Ausstellung läuft bis zum 26.2. oder so

KAMPF DEM KRIEG AM GOLF

INTERIM

Wöchentl... Berlin-Info